

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund
Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verbandsstelle: Charlottenburg 1, Brahestr. 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 23

Berlin, den 8. Juni 1929

4. Jahrgang

International-gewerkschaftliches Wirtschaftsprogramm.

Auf der Mattagung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Prag hielt der Kollege Leipart. Deutschland einen Vortrag über das genannte Thema, der von jedem Gewerkschaftsmitglied seiner Wichtigkeit wegen beachtet werden muß.

Durch den Weltkrieg ergab sich für alle Länder eine ganz neue Situation. Nach dem Weltkrieg erfolgte in den alten Industrielandern der Zusammenschluß großer Wirtschaftszweige zu mächtigen Konzerngebilden, in anderen Ländern entstanden neue bedeutende Industrien. Nach einer Statistik des Völkerbundes war die Velterzeugung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen bereits im Jahre 1925 um 16 bis 18 Proz. größer als im Jahre 1913, während die Weltbevölkerung gegen 1913 nur um 5 Proz. gewachsen war. Nach rascher als die Velterzeugung von Rohstoffen muß aber die von Fertigwaren gewachsen sein.

Der Güterverbrauch aber hielt mit diesem gewaltigen Wachstum der produktiven Kräfte und der Gütererzeugung bei weitem nicht gleichen Schritt. Nicht Ueberproduktion, sondern Unterverbrauch war und ist der charakteristische Zug der heutigen Wirtschaftslage.

In dem notwendig verschärften Konkurrenzkampf suchte jedes Land das andere auf dem Weltmarkt zu verdrängen bzw. zu unterbieten und sich ebendies selber vor dem Eindringen ausländischer Waren abzuschließen. Zollmauern wurden über Zollmauern getürmt. Die Folge war, daß die Erzeugung Europas im Jahre 1925 um 5 Proz. größer war als 1913, sein Außenhandel aber nur 89 Proz. der Vorkriegszeit betrug. Die furchtbaren Wirkungen der Währungsstarkheiten auf den inneren Märkten der Länder kamen noch hinzu. Die Inflation hat besonders die Arbeiterklasse schwer getroffen. Millionen Erwerbslose begehrten Arbeit und fanden sie nicht, in Europa allein etwa 10 Millionen.

Aus dieser Situation, in der der Kampf um die Rohstoffe tobte und die für eine Reihe von Ländern noch durch Kapitalmarktverschlechterung wurde, taucht der Gedanke einer internationalen Wirtschaftskonferenz auf. In dem Bestreben, alle Konflikte zwischen den Nationen auf friedlichem Wege beizulegen, wurde der Völkerbund geschaffen. Der I.G.W. hat dessen friedensfördernde Arbeit freudig begrüßt und sie unterstützt. Was aber auf diesem Gebiete bisher geschehen ist, kann nur als Anfang gelten.

Der I.G.W. fordert die Ausgestaltung der wirtschaftlichen Einrichtungen des Völkerbundes zu einem internationalen Wirtschaftsamt, bei dem die organisierte Arbeiterklasse mitwirken und mitentscheiden hat. Die Zusammenarbeit dieses Amtes mit dem Internationalen Arbeitsamt muß dabei gewährleistet werden. Ständige Fühlung der Gewerkschaften mit dem I.G.W. ist erforderlich. Im Interesse der Allgemeinheit muß die von den Arbeitervertretern bestimmte Wirtschaftspolitik vor allgemeinen internationalen Prinzipien bestimmt sein.

Der I.G.W. fordert die Abschaffung der Zölle, Schranken. Er fordert weiter, daß alle Wirtschaftskonflikte, die nicht in direkten Verhandlungen beigelegt werden können, einem internationalen Schiedsgericht zu unterbreiten sind. Die Arbeits- und Lohnbedingungen müssen in den sozial zurückgebliebenen Ländern gehoben, an die der fortgeschrittenen Länder angeglichen werden.

Die wirtschaftlichen Krisen könnten gemildert werden, wenn es gelänge, die Preise und damit die Produktion und die Beschäftigungsmöglichkeiten der Arbeiter zu stabilisieren und sicherzustellen. Das schwierige Problem erfordert die größte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und insbesondere des Internationalen Arbeitsamtes, das über theoretisch durchgebildete Kräfte verfügt. Bei den Unternehmern setzt sich in der ganzen Welt jetzt offensichtlich die Erkenntnis durch, daß der gegenwärtige Konkurrenzreiz sich schwächt und den anderen gegenüber in Nachteil setzt. Sie stellen daher die Konkurrenzgesetze zurück gegenüber den gemeinsamen Interessen. Heute werden die Preise durch Bindungen und Abmachungen von den Trusts, Kartellen und Syndikaten erhöht, der auszehrende Wettbewerb wird ausgeschaltet. So bilden sich Monopollösungen heraus, mit schwerer Belastung der Verbraucher. Die Allgemeinheit hat daher das größte Interesse, diese Monopole unter ständiger Aufsicht zu halten und ihre Wirtschaftspolitik in Bahnen zu lenken, die der Gesamtheit des Volkes dienen. Zur Herbeiführung einer derart planmäßigen Wirtschaft verlangt das Programm des I.G.W. eine weitgehende Offenlegung der privaten Wirtschaft durch offizielle Statistiken, durch gezielte geregelte Auskunftswege, durch staatliche Kontrolle.

Diese ständige Prüfung durch die Öffentlichkeit ist um so notwendiger, als die Nationalisierung die Struktur der Volkswirtschaft viel schneller verändert. Die Welle der Nationalisierung lief von Amerika nach Deutschland. Sie hat Belgien erreicht und macht sich jetzt in England bemerkbar. Sie wird auch Frankreich und andere Länder nicht verschonen.

Eine einheitliche Stellungnahme zur Nationalisierung ist deshalb besonders wichtig. Die Gewerkschaften wollen die planmäßige Entwicklung, die rationale Zusammenfassung, die Anwendung neuer Methoden fördern. Nationalisierung bedeutet Ersparung an Kapital, an Arbeit und Zeit. Bei gleichem Aufwand kann bei richtiger Nationalisierung mehr produziert werden. Wird bei gleichem

Aufwand mehr produziert, dann kann auch mehr verteilt, die Lebenshaltung der Arbeitnehmer auf ein höheres Niveau gebracht werden.

Die Gewerkschaften verhehlen sich bei ihrem Eintreten für die Nationalisierung freilich nicht, daß deren erste Folge in der Regel vorübergehend Freisetzung von Arbeitern bedeutet. Das muß jedoch getragen werden, um die zu erwartenden Vorteile der Nationalisierung zu gewinnen. Inzwischen aber ist es Pflicht der Gewerkschaften, für die Unterstützung der Arbeitslosen zu sorgen.

Führt die verbilligte Herstellung nicht zu einer Senkung der Preise, zu einer Erhöhung der Löhne, zu einer Verkürzung der Arbeitszeit, dann verfehlt die Nationalisierung ihren volkswirtschaftlichen Sinn.

So wichtig die Förderung des internationalen Güteraus-tausches ist, so hängt die Möglichkeit der Verbesserung der Lebenshaltung in jedem Lande in erster Linie von der Erweiterung seines inneren Marktes ab, von der Kaufkraftsteigerung seiner eigenen Bevölkerung. Nur wenn es den Gewerkschaften gelingt, in jedem Lande ihre Forderungen zur Stärkung des Arbeitseinkommens der breiten Masse durchzusetzen, kann diese Erweiterung des inneren Marktes als gesichert gelten. Gegenwärtig führt die Vermehrung der Produktion in der Weltwirtschaft und in den einzelnen Wirtschaften zu ständigen Spannungen, die sich in Kriegen oder gar in blutigen Kriegen entladen können. Die Ursache dieser ewigen Unruhe liegt in dem Mißverhältnis zwischen Produktion und Absatz. Während die Technik immer neue Möglichkeiten erfindet zur Verbesserung und Auswertung der Produktion, findet die vermehrte Produktion keinen oder nur schwerer Absatz. Die jetzige Wirtschaftsform kann das Absatzproblem nicht befriedigend lösen. Dies kann nur mit einer Wirtschaftsordnung geschehen, die eine Anpassung der Absatzmöglichkeiten an die Erzeugungsmöglichkeiten gewährleistet. Der Aufbau einer solchen Wirtschaftsordnung wird durch die von uns vertretene Politik der hohen Löhne gefördert.

Der Kampf um die Erringung eines ausreichenden Einflusses auf die Wirtschaftsführung

ist für unsere Gewerkschaftsbewegung genau so wichtig, wie der Kampf um höhere Löhne und der Kampf um die Sozialpolitik. Durch die Schaffung des Internationalen Arbeitsamtes mit der gleichberechtigten Mitwirkung der Arbeiter ist die Mitwirkung der Arbeiterklasse auf dem Gebiete der Sozialpolitik anerkannt worden. Sie muß auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik erst noch errungen werden.

Die Richtlinien enthalten weiter die Forderung nach gleichberechtigter Vertretung in allen öffentlichen Körperschaften, die der Beratung wirtschaftlicher Fragen oder der Ausübung wirtschaftlicher Funktionen dienen. Die Gewerkschaften fordern Mitwirkung bei der Gestaltung der Währungs- und Kreditpolitik.

Neben den privatwirtschaftlichen Unternehmungen bestehen solche der öffentlichen Hand, der Länder und Gemeinden. Sie sind ein Gegengewicht gegen die privatkapitalistischen Entwicklungstendenzen. Die öffentlichen Unternehmungen sind auszubauen und auf weitere geeignete Gebiete auszudehnen.

Die Eigenbetriebe der Arbeiterklasse spielen noch eine bescheidene, aber deshalb nicht weniger wichtige Rolle. Besonders trennen wir uns über den ständigen Ausstieg der Konsumgenossenschaften und verpflichten die angeschlossenen Landeszentralen, ihre Bestrebungen mit allen Kräften zu fördern.

Das Wirtschaftsprogramm des I.G.W. will die wirtschaftspolitische Tätigkeit der einzelnen Landeszentralen innerlich enger verbinden. Die Kräfte, die dadurch auf wirtschaftlichem Gebiete ausgelöst werden, soll der I.G.W. im Völkerbund und in dem zu schaffenden Internationalen Wirtschaftsamt zur Geltung bringen. Die Richtlinien sollen für unsere wirtschaftspolitische Betätigung gleichsam ein Wegweiser sein und eine Quelle neuer Kräfte. In der Gemeinsamkeit, mit der wir das internationale Wirtschaftsprogramm aufstellen, liegt seine Bedeutung, seine Macht liegt in der Einmütigkeit unserer Forderungen, seine Siechtheit in dem festen Willen aller Länder, dem Gemeinwohl der Menschheit zu dienen.

Unser Verband im Jahre 1928.

Mitgliederbewegung.

Wirtschaftlich gesehen war das Jahr 1928 nicht ganz so günstig wie das vorhergehende. Im ersten Halbjahre war die Beschäftigung noch ziemlich gut. In den letzten Monaten des Jahres 1928 nahm aber dann die Arbeitslosigkeit stark zu, so daß in bürgerlichen Blättern sogar viel von der kommenden Wirtschaftskrise geschrieben wurde. Zu diesen Krisengerüchten lag zwar nicht viel Anlaß vor. Aber eine gewisse Depression war zweifellos vorhanden.

Die Arbeitslosenzahlen in unserer Verbandsstatistik zeigen dieses wirtschaftliche Auf und Ab recht anschaulich. Anfang Januar 1928 waren von 100 Verbandsmitgliedern 10,7 arbeitslos. Zum Schluß des Jahres waren es 14,1 Prozent. Zwischen diesen beiden Punkten bewegt sich die Zahl der Arbeitslosen, von Januar bis Juli fallend, und von da an wieder langsam ansteigend. Ihren niedrigsten Stand hat die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern unseres Verbandes im Juli mit einem Hundertstel von 5,6 arbeitslosen Mitgliedern. Im August zeigt sich bereits wieder ein leichtes Steigen der Arbeitslosenzahl auf 5,9 Prozent. Der Augustmonat des Jahres 1927 hatte dagegen eine Arbeitslosigkeit von 5,1 auf 100 Mitglieder unseres Verbandes, und eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zeigte sich erst im Oktober, während im Jahre 1928 schon im August der Beschäftigungsgrad eine leise Verschlechterung erfuhr. Die Kurzarbeit hatte im Monat April mit einem Hundertstel von 1,6 ihren niedrigsten Stand.

Betrachtet man die Arbeitslosigkeit in bezug auf die einzelnen Industriezweige, so ergibt sich, daß in fast allen Monaten die Baustoffindustrie am schlechtesten beschäftigt war. Anfang Januar 1928 beträgt die Arbeitslosenziffer in der Baustoffindustrie 23,7 Prozent, gegen 12,1 Prozent im gleichen Monat des Jahres 1927. Vom Januar an sinkt dann die Zahl der Arbeitslosen in der Grobkeramik und Baustoffindustrie, um im Juli mit 3,6 Prozent ihren niedrigsten Stand zu erreichen. Zum Schluß des Jahres steigt sie dann aber wieder an und beträgt 28,9 Prozent. Das ist ein ganz außerordentlich hoher Prozentsatz, fast ein Drittel aller Mitglieder in dieser Industrie waren arbeitslos. Diese jahreszeitmäßig bedingte erhöhte Arbeitslosigkeit äußert sich auch in der Nahrungsmittel- und in der Spielwarenindustrie. In beiden Industrien war die stärkste Arbeitslosigkeit im Januar zu verzeichnen, in der Nahrungsmittelindustrie, weil zu Anfang Januar die Zuckerlampagne zu Ende, und in der Spielwarenindustrie, weil das Weihnachtsgeschäft vorüber war, das dieser Industrie immer einen erhöhten Beschäftigungsgrad bringt. Verhältnismäßig am günstigsten war die Wirtschaftslage fast das ganze Jahr hindurch in der Papierindustrie. Sie hatte die niedrigsten Arbeitslosenzahlen.

Die Unangenehmkeit der wirtschaftlichen Lage hat aber der Entwicklung unseres Verbandes keinen Abbruch tun können. Auch im Frühjahr 1928 wurde eine große Anzahl von Lohnbewe-

gungen eingeleitet, die fast durchweg zu einem günstigen Ergebnis führten. Aber darauf soll in einer späteren Betrachtung noch näher eingegangen werden. In diesem Abschnitt wollen wir uns lediglich mit der Mitgliederbewegung beschäftigen, in der sich die Erfolge der Lohnbewegungen und der sonstigen gewerkschaftlichen Arbeit nicht zuletzt widerspiegeln. In der folgenden Tabelle wird die Mitgliederbewegung nach Quartalen geordnet dargestellt.

Zahl der Mitglieder:

	Männliche	Weibliche	Zusammen
4. Quartal 1927	329 057	94 002	423 059
1. Quartal 1928	345 619	99 691	445 310
2. Quartal 1928	366 951	104 637	471 588
3. Quartal 1928	366 532	104 251	470 783
4. Quartal 1928	371 792	105 972	477 764
im Durchschnitt	355 990	101 710	457 700

Es ist ein durchaus zufriedenstellendes, im Hinblick auf die Verschlechterung der Wirtschaftslage im zweiten Halbjahre sogar ein glänzendes Ergebnis, das sich am Schluß des Jahres 1928 zeigt. Durch fast alle Quartale hindurch sehen wir ein unaufhaltbares Steigen der Mitgliederzahlen. Der geringe Rückgang zum Schluß des dritten Quartals ist kaum nennenswert. Zum Jahreschluß zeigt sich schon wieder eine ganz entschiedene Wendung zum Besseren. Das ist besonders bedeutungsvoll, weil am Jahreschluß die wirtschaftliche Lage weit schlechter war, als am die Mitte des Jahres. Und trotzdem ein beträchtlicher Mitgliederzuwachs vom dritten zum vierten Quartal! Von den 477 764 Mitgliedern, die wir am Schluß des Jahres 1928 gegen 423 059 am Jahresende 1927 zählten, sind 371 792 männlichen Geschlechts, das sind 77,50 Prozent. Weibliche Mitglieder haben wir 105 972, also etwas weniger als der vierte Teil aller Mitglieder gehört dem weiblichen Geschlecht an. Der Prozentsatz ist hier fast genau der gleiche wie im Vorjahre. Die Zunahme betrug bei den männlichen Mitgliedern 42 735, das sind 12,93 Prozent, also ein etwas günstigeres Ergebnis als im Jahre 1927, in dem die Zunahme nur 12,31 Prozent ausmachte. Bei den weiblichen Mitgliedern macht die Steigerung der Zahlen 12,73 Prozent aus, etwas weniger als im vorangegangenen Jahre, in dem 13,31 Prozent Mitgliederzunahme erreicht wurden. Immerhin wurden auch im Jahre 1928 noch 11 970 Kolleginnen neu in den Verband aufgenommen. Die Mitgliederzunahme betrug zum Schluß des Jahres 1928 insgesamt 54 705, das sind 12,93 Prozent, also absolut und prozentual eine ansehnliche Steigerung gegen das Ergebnis des Vorjahres. Es ist ein glänzendes Zeugnis für die Werbekraft unseres Verbandes, nicht minder aber auch für die unermüdete Tätigkeit der Funktionäre, die in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt. Trotz der im zweiten Halbjahre sehr fühlbar werdenden Verschlechterung der Wirtschaftslage ist die Mitgliederzunahme des wirtschaftlich günstigeren Vorjahres

nicht nur erreicht, sondern sogar wesentlich überschritten worden. Ein Blick auf die Tabelle zeigt aber auch, daß der Hauptzufluß der neuen Mitglieder im ersten und zweiten Quartal erfolgt, also zu einer Zeit, in der die meisten Lohnbewegungen eingeleitet oder abgeschlossen werden. Unter dem übergehenden Eindruck dieser Wirtschaftskämpfe wächst dann in vielen Arbeitern die Erkenntnis, daß eine Besserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage eben nur durch eine starke Organisation zu erzwingen ist, daß sie allein vollkommen machtlos den Gewalten gegenüberstehen, die daran interessiert sind, den Arbeiter nicht zu einem freien, vollständig gleichberechtigten Gliede der Gesellschaft werden zu lassen.

Ueber „Woher“ und „Wohin“ der zugetretenen bzw. ausgeschiedenen Mitglieder unterrichtet die folgende Tabelle:

Table with 2 columns: 1927, 1928. Rows: Aufnahmen, Zugereist, Aus anderen Verbänden übergetreten.

Table with 2 columns: 1927, 1928. Rows: Ausgeschieden, Abgereist, Zu anderen Verbänden übergetreten.

Wir sehen hier, daß die Fluktuation im Jahre 1928 wieder etwas stärker geworden ist. Das liegt auch wohl zu einem großen Teil daran, daß die Grenztreitigkeiten zwischen den einzelnen Verbänden nun mehr und mehr ihre Erledigung finden. Durch den Abschluß von Kartellverträgen werden die Grenzen der Verbandsgebiete genauer festgestellt, so daß oft eine kleine Verschiebung der Mitglieder stattfindet. Vielleicht hat aber auch die ungünstige Wirtschaftslage dazu beigetragen, daß die Wanderlust sich wieder stärker bemerkbar machte. An dem Gesamtzufluß von 163 602 Mitgliedern haben naturgemäß die Aufnahmen den größten Anteil, sie betragen 142 389, denen 69 062 wieder ausgeschiedene Kollegen gegenüberstehen. Zugereist sind 13 129 Kollegen, während 29 254 ihr Bündel schnürten, um an anderen Orten ihr Glück zu versuchen. Aus anderen Verbänden sind 8134 Mitglieder zu uns übergetreten, während wir 10 581 an andere Verbände verloren. Alles in allem steht den Gesamtzuflüssen von 163 602 Mitgliedern ein Abgang von 108 897 gegenüber, so daß sich die bereits erwähnte absolute Zunahme von 54 705 Mitgliedern ergibt.

Kriegs- und Nachkriegsjahre haben die Gewerkschaften, nicht zum wenigsten auf unsere Organisation, oft in schwerste Bedrängnis gebracht. Wie die Inflationsjahre die Mitgliederzahlen unseres Verbandes sprunghaft ansteigen ließen, wie die Zeit der Stabilisierung einen ersten Rückschlag brachte, der die Feinde der Gewerkschaftsbewegung rechts und links von uns in stürmischen Jubel über die baldige völlige Auflösung der verhassten Arbeitermergerorganisationen ausbrechen ließ, das ist unsern Kollegen entweder aus eigenem Erlebnis oder aus den Jahrbüchern bekannt. Der gesunde Kern unseres Verbandes bewährte sich aber glänzend. Die Hoffnung auf eine „freie Bahn“ für hemmungslose Reaktion oder für verantwortungs- und sinnlosen Ueberrationalismus erfüllte sich nicht. Sie wird sich auch nicht erfüllen. Das lehrt ein Blick auf die folgende Tabelle:

Table with 6 columns: Jahr, Zugänge, Abgänge, Zunahme, Abnahme, Mitgliederzahl am Jahres-schluss.

Zu Jahre 1924 ein Verlust von 196 553, im letzten Jahre ein Gewinn von 54 705 Mitgliedern. Die stete Entwicklung, die die letzten vier Jahre zeigen, wird auch weiterhin anhalten. Dafür sind uns die Erfolge eine sichere Gewähr, die unsere Organisation in ihrem Kampfe um die vollkommene Gleichberechtigung der Arbeiterklasse hatte und in Zukunft haben wird. Dafür bürgt uns auch die zähe, unermüdbare Arbeit unserer Funktionäre, dafür sorgt die wachsende Erkenntnis und Einsicht der Arbeiter, daß 5 Pf. Lohnhöhung besser sind und mehr praktischen Klassenkampf bedeuten, als Berge von papierernen Resolutionen und unumführbaren Forderungen. Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands wird seinen ungeheuren Einfluß auf seine gewaltige Macht stets im Interesse der von ihm vertretenen Mitglieder und damit der gesamten Arbeiterklasse anwenden. Das sichert der zweitstärksten Arbeitermergerorganisation Deutschlands einen weiteren, unaufhaltbaren Aufstieg.

Ausschussführung des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

(ZOB.) Die vom 23.-25. Mai 1925 in Prag abgehaltene Ausschussführung des Internationalen Gewerkschaftsbundes (ZOB.) war von Vertretern der gewerkschaftlichen Landeszentralen in Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Jugoslawien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Memelgebiet, Holland, Österreich, Ungarn, Polen, Schweden, der Schweiz, Spanien, der Tschechoslowakei und Ungarn sowie von Delegierten der 21 internationalen Berufssekretariate befristet. Ferner wohnten der Sitzung als Gäste bei: Dr. Fr. Adler von der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, A. Kimm von der Sozialistischen Jugend-Internationale, Silaba von der Sozialistischen Sport-Internationale und Shida Rao vom Indischen Gewerkschaftsbund. Nach der Eröffnungssitzung des Vorstands, H. Currie, nach den Begrüßungsansprachen der Vertreter des Tschechoslowakischen Gewerkschaftsbundes und der Stadt Prag, behandelte die Sitzung den von Sassenbach erstatteten Geschäftsbericht und das Aktionsprogramm für das Jahr 1929, die nach kurzer Debatte einstimmig angenommen wurde. Der gleichfalls von Sassenbach erstattete Jahresbericht, der ein extensives Bild finanzieller Verhältnisse des ZOB. bietet, fand ebenfalls allgemeine Zustimmung. Weiter wurde der Finanzplan für das Jahr 1929 genehmigt. Die vom Verband herbeigeführte regelmäßige Unterhaltung an einige mit besonders schwierigen Verhältnissen kämpfende Landeszentralen wurde ohne Widerspruch angenommen. Die Wahl eines Hilfssekretärs wurde in der Weise erledigt, daß der Vorstand beauftragt wurde, von den angeschlossenen Landeszentralen Vorschläge für einen Hilfssekretär einzubringen. Diese Vorschläge sollen bis spätestens 1. September d. J. an das Sekretariat einzuhandeln werden. Weiter wurde der Vorstand ermächtigt, auf Grund der eingereichten Vorschläge die Wahl des Hilfssekretärs vorzunehmen, dessen Wiederwahl lautestimmig durch den Kongress zu erfolgen hat. An Hand eines

von Citrine und Sassenbach erstatteten Berichtes über die Ergebnisse ihrer Studienreise nach Italien beschäftigte sich der Ausschuss eingehend mit der durch die Unterdrückungsmassnahmen des italienischen Faschismus geschaffenen Lage auf gewerkschaftlichem Gebiet. Es wurde hierzu folgende, von Schorsch (Österreich) unterbreitete und von Dr. Maier (Internationale der P. L. E.) begründete, Resolution angenommen:

Der Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes nimmt den Bericht seines Vorsitzenden Citrine und seines Sekretärs Sassenbach über ihre Untersuchungen der Lage der Gewerkschaftsbewegung in Italien mit dem Ausdruck des Dankes für ihre Bemühungen zur Kenntnis. Wie aus früheren Berichten über Italien, so ergibt sich auch aus diesem Bericht, daß eine legale, geordnete Tätigkeit freier Gewerkschaften, wie sie für zivilisierte Länder in unserer Zeit selbstverständlich ist, unter dem System des Faschismus vollständig ausgeschlossen ist.

Der Ausschuss spricht den Opfern des faschistischen Terrors seine tiefste Sympathie aus und schlägt vor, daß auf die Tagesordnung des Kongresses des ZOB. 1930 auch der Punkt „Die Probleme der Gewerkschaften in den Ländern ohne Demokratie“ gesetzt wird.

Der Tagesordnungspunkt: Vorbereitung der Internationalen Arbeiterversammlung 1929, zu dem ein sehr ausführlicher Bericht des Sekretariats vorlag, wurde durch C. Mertens eingeleitet, der u. a. speziell auf die Notwendigkeit hinwies, die speziellen Berufsinteressen der Intressen der Gesamtarbeiterschaft unterzuordnen. Den Höhepunkt der Verhandlungen bildete das Referat Leipart's über die Aufgaben und die Tätigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Wirtschaft. Nach einer lebhaften und anregenden Debatte, die besonders auch Anlaß zur gründlichen Behandlung der Rationalisierungsfrage und des geistigen wie körperlichen Loses des Arbeiters bei den gegenwärtigen Produktionsmethoden gab, beschloß der Ausschuss, den von einer Kommission von Sachverständigen verschiedener Landeszentralen ausgearbeiteten und von Leipart als Berichterstatter unterbreiteten Entwurf als Richtlinie für die Arbeit der nächsten Zukunft anzuerkennen. Der Vorstand wurde beauftragt, die angeschlossenen Landeszentralen noch einmal anzufordern, sich zu diesen Richtlinien zu äußern. Hierauf soll der Entwurf mit den noch eingehenden Anträgen erneut durch die Kommission der Sachverständigen geprüft und vom nächsten internationalen Gewerkschaftskongress als fertiger Entwurf eines Wirtschaftsprogramms bestätigt werden.

Ueber die Urlaubsfrage referierte R. Taherle, der die Forderungen der Arbeiterschaft in einer ausführlichen, einstimmig zur Annahme gelangten, Resolution zusammenfaßte. Um den Stand der Urlaubsfrage in den verschiedenen Ländern darzulegen, führte das Sekretariat des ZOB. eine umfassende Erhebung durch, deren Ergebnisse in einem ausführlichen Bericht vorlagen.

Resolution über die Gewährung eines bezahlten Urlaubs für Arbeiter und Angestellte.

(ZOB.) Der vom 23.-25. Mai 1929 in Prag tagende Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat sich mit dem Problem des Urlaubs für Arbeiter und Angestellte befaßt und den vom Sekretariat ausgearbeiteten Bericht über diese Frage sowie die der Konferenz anwesenden Erklärungen zur Kenntnis genommen. Der Ausschuss stellt mit Genugtuung fest, daß die Forderung der Gewährung eines jährlichen Ruheperioden unter Weiterzahlung des Lohnes und Gehaltes immer mehr propagiert wird. Er stellt ferner fest, daß Dank dem Einfluß der Gewerkschaftsbewegung in einer Anzahl von Ländern das Prinzip des bezahlten Urlaubs entweder für alle oder für bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern in der Gesetzgebung verankert, in Kollektivverträgen festgelegt oder mindestens als allgemeiner Gebrauch eingeführt ist.

Der Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes ist jedoch der Ansicht, daß die Gewährung von Urlaub nicht mehr der Willkür der Umstände überlassen werden darf, sondern in allen Ländern als ein Recht der Arbeitnehmer anerkannt werden muß. Die Entwicklung der modernen Produktionsweise, die ein immer schärferes Tempo annimmt und die Arbeiterschaft körperlich und geistig mehr und mehr erschöpft, erfordert unbedingt die jährliche Gewährung eines regelmäßigen und ununterbrochenen Urlaubs. Diese Forderung wird schon durch die fortschreitende Rationalisierung der Produktion und der menschlichen Tätigkeit bedingt.

Deshalb empfiehlt der Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes den angeschlossenen Landeszentralen, dafür zu sorgen, daß den Arbeitnehmern ein jährlicher Urlaub garantiert wird, der auch nach der Beschäftigungsänderung, der körperlichen Anstrengung und dem Weiden der Arbeit abgestuft werden soll. Besonders den Jugendlichen ist mit Rücksicht auf ihre körperliche Entwicklung ein angemessener Urlaub zu gewähren.

Die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen werden aufgefordert, der Frage des Urlaubs besondere Aufmerksamkeit zu schenken und mit geeigneten Mitteln und Aktionen dahin zu wirken, daß nicht nur durch Kollektivverträge, sondern auch durch die Gesetzgebung der Anspruch auf Urlaub anerkannt und gesichert wird.

Das Internationale Arbeitsamt ist aufzufordern, eine Untersuchung über den Anspruch auf Urlaub einzuleiten und auf Grund dieser Erhebung einen internationalen Uebereinkommensentwurf ausarbeiten, durch den in der Gesetzgebung der einzelnen Länder das durch die internationale Konvention festgelegte Mindestmaß des Urlaubs gewährleistet wird.

Im Interesse dieser Bestrebungen soll der Internationale Gewerkschaftsbund die Ergebnisse der auf dem Gebiete des Urlaubsfrage durchgeführten Untersuchungen veröffentlicht und solche Bekanntmachungen von Zeit zu Zeit wiederholen, die auf dem Gebiete der Gesetzgebung des prinzipiellen Urlaubsanspruches erzielten Fortschritte feststellen zu können.

Die Urlaubsfrage hängt auch eng mit der Frage der Veranschaulichung der freien Zeit zusammen. Durch geeignete Mittel soll die zweckmäßige Verwendung des Urlaubs, insbesondere für die Jugendlichen, gefördert und unterstützt werden. Zu diesem Zweck sind von den Gewerkschaften, mit Beihilfe des Staates und anderer öffentlicher Körperschaften, Ferienheime zu gründen und zu erhalten.

Erste Konferenz der Gewerkschaftsredakteure.

Die Notwendigkeit besonderer Bemühungen um die Ausgestaltung der Gewerkschaftspressen sowie zur Verstärkung ihrer Geltung in der Öffentlichkeit hat der Bundesausschuss des ZOB. in seiner Sitzung am 26. März anerkannt durch den Beschluß, einen „Ausschuss für die Gewerkschaftspressen“ einzusetzen. Der Beschluß wurde von den Schriftleitern selbst in einer besonderen Konferenz gewollt, ihm wurden die Arbeiten zum oben genannten Zweck übertragen. Zum 15. Mai hatte nun der Ausschuss die erste Arbeiterversammlung der Redakteure aller periodischen Organe des gewerkschaftlichen Schrifttums nach Berlin einberufen. Er hatte inzwischen festgestellt, daß rund 87 Kollegen an den Zeitungen und Zeitschriften seines Arbeitsbereichs als Schriftleiter tätig sind; von diesen waren 57 an der Konferenz beteiligt. Am stärksten waren die eigentlichen Verbandsorgane, die Fachblätter

und Jugendzeitschriften vertreten, von den Schriftleitern der übrigen Spezialzeitschriften fehlten viele.

Die Tagesordnung der Konferenz sah (neben einem Bericht des Ausschusses über den ersten Abschnitt seiner Tätigkeit) drei Punkte vor: „Ausbaufragen der Gewerkschaftspressen“, dann „Reichshaushalt und Sozialversicherung“ und zuletzt „Presse- und Urheberrecht“. Die Zusammenstellung dieser Tagesordnung und ihre Ausführung sind infolge von Bedeutung, als die einzelnen Punkte, wie sich weiterhin noch ergeben wird, typisch sind für verschiedene Aufgabengebiete des Ausschusses und der Redakteurekonferenzen, so daß auch die Konferenz vom 15. Mai durch die Erledigung dieses Programms in vielfacher Hinsicht richtunggebend wurde für die Arbeiten der neuen Institution des Bundes. Die Konferenz füllte somit ihren Platz als erste ihrer Art würdig aus.

Der Bericht des Ausschusses und der Punkt: Ausbaufragen verschmolzen in eins; sie wurden zusammen diskutiert. Die Erörterung der Ausbaufragen war so angelegt, daß vier Kollegen aus der Praxis über die Gestaltung ihrer Zeitungen sprachen, die als vier verschiedene Typen von Gewerkschaftsblättern angesehen werden dürften. Referenten waren Schaffer vom Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker, Siebold vom Steinarbeiter, Kummer von der Metallarbeiter-Zeitung, Dressel vom Textilarbeiter. Die Redner legten die Gründe dar, von denen sie sich bei der Redaktion ihres Blattes leiten lassen. Es ergab sich, daß für alle im Grunde ein gleiches Motiv maßgebend ist, nämlich die Eigenart ihres Leserkreises und Verbreitungsgebietes: das Maß der allgemeinen Bildung der Leser, die Art ihrer beruflichen Tätigkeit, der Organisationsgrad im einzelnen Verbands, die besondere Stellung einer jeden Industrie im gesellschaftlichen Produktionsprozess. Und es zeigte sich, daß die Anwendung dieses gleichen Grundmotivs die einzelnen Blätter im Aussehen wie im Inhalt sehr verschieden färben muß, wenn jede Zeitung ihrem Zweck gerecht werden will, aber es ergab sich zugleich, daß sich aus der Darlegung der Eigenart eines jeden Blattes trotz aller berechtigten Besonderheit recht viel Anregungen allgemeingültiger Art entnehmen ließen.

Schaffer erklärte das vornehmlichste Aussehen des Korrespondent, den gänzlich Verzicht auf neuartige Zeitsungs-„Aufmachung“ daraus, daß die Buchdrucker den Schwund der von seinen Uberschriften, denen kein Text von Belang folgt, strobenden Zeitsungsseiten kennen. Die Buchdrucker, die über Zeitungen machen, nehmen zu ihrer eigenen Zeitung eine andere Stellung ein als die Leserkreise anderer Gewerkschaftsblätter. Sie, die alle Neuigkeiten schon bei der Arbeit vernehmen, sind nicht begierig nach weiteren Sensationen. Sie sind in den Endereichen der Zeitungen aller politischen Richtungen beschäftigt, was den Korrespondent zwingt, auf politische Neutralität größtes Gewicht zu legen. Das besonders starke berufliche Interesse und folle Leben unter den Buchdruckern erfordert eine ausgiebige Veranschaulichung der engeren Berufsfragen. Die Eigenart der Verfassung des Buchdruckerverbandes, die eine ausgedehnte ehrenamtliche Tätigkeit der Funktionäre zur Voraussetzung hat, ist ein weiterer Grund für die eifrige Pflege beruflich-kollektiven Geistes. Feuilletonistische Beiträge fehlen im Blatte nicht, aber sie treten gegen den beruflich-fachlichen Inhalt weit zurück.

Siebold vertrat im allgemeinen die gleiche Auffassung. Er lehnt das Feuilleton und das Bild nicht ab, verlegt aber namentlich die Illustration in die Fachbeilage des Steinarbeiter. Von zwei „Reinchen am Herd“ befürchtet er eine Schädigung des ersten Sinnes seines Blattes. Enger beruflicher Zusammenhalt sei auch unter den Steinarbeitern verbreitet. Die Versammlungsberichte müßten er im Blatte nicht missen, denn sie erfüllen die Aufgabe lokaler Nachrichten.

Völlig andere Gesichtspunkte führten Kummer und Dressel ins Feld. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband zählt die Angehörigen von 30 Berufen zu seinen Mitgliedern; und dieser hohen Zahl entspricht eine große Verschiedenartigkeit des Verhältnisses der einzelnen Mitgliedergruppen zum gedruckten Wort. Die Arbeiter feimechanischer Werkstätten und die der Hüttenindustrie sind Extreme, zwischen denen zahlreiche Stufungen geistiger Artung und Ausnahmereichhaltigkeit liegen. Die Fortgeschrittensten sollen durch das Blatt befriedigt, die weniger Aufgeschlossenen zum Lesen gereizt werden. Dazu bedürfe es einer großen Vielfältigkeit des Inhalts der Zeitung, durch die jedoch der einheitliche Zug des Blattes nicht verlorengehen dürfe. Um einen Anreiz zum Lesen zu geben, sei „Aufmachung“ nicht zu entbehren; der populäre technische Beitrag sei ein wichtiges Mittel zum gleichen Zweck. Um die Zeitung in die Familie zu bringen, sei ihre Ausstattung mit Beiträgen, die auf die Frauen anziehend wirken, unentbehrlich.

Dressel betonte, wie übrigens auch Kummer, daß sein Blatt das wichtigste Mittel des Verbandes zur Werbung bei den Unorganisierten sei. Das sei wesentlich mitbestimmend für seinen Charakter. Er müsse nicht nur mit den Frauen der männlichen Mitglieder rechnen, sondern habe zudem die Interessen der zahlreichen weiblichen Mitglieder des Textilarbeiterverbandes zu beachten. Er habe sich entschlossen, Romane (in Fortsetzungen) zu drucken, und habe damit Weisheit in den Kreisen seiner Leser gefunden. Eine politische Wochenchau veröffentlichte er, weil viele Mitglieder kein Parteiblatt lesen.

Die Aussprache ergab zahlreiche Anregungen für die weiteren Arbeiten des Ausschusses und der Konferenzen der Redakteure. Die Frage der stärksten Geltung der Gewerkschaftspressen, ihr Anspruch auf Gleichachtung mit anderen Zweigen des Pressewesens bei öffentlichen Stellen wurde wiederholt erwähnt, der Verkehr mit der Tagespresse, namentlich bei Lohnkämpfen, von mehreren Rednern erörtert. Fragen des Formales, des Internationales, der Mitarbeit, besondere Bedürfnisse der Jugendblätter kamen zur Sprache. Der Stoffbereich der Diskussion erwies sich als so weit, daß ihr Ergebnis nur in Hinweisen auf zahlreiche drängende Bedürfnisse unserer Presse bestehen konnte, aber damit hat die Aussprache ihre Aufgabe, das Tor zu öffnen zu dem Zusammenwirken der Redakteure, vollauf erfüllt.

Von der übrigen Arbeit der Konferenz nur wenige Worte. Zu dem Thema „Reichshaushalt und Sozialversicherung“ sprach Franz Splid. Sein Vortrag hatte und erfüllte den Zweck, die Aufmerksamkeit und Aktivität unserer Presse hinulenken auf, ... gegenwärtig am lebhaftesten umstrittenen Gegenstand im Interessenkreis der Gewerkschaften - eine Aufgabe, die auch zukünftige Konferenzen der Schriftleiter jeweils werden erfüllen müssen. Das Thema „Presse- und Urheberrecht“ bot dann den Kollegen Gelegenheit zur Unterredung über wichtige Angelegenheiten des Redakteurberufs, und Otto Panbäcker, der, aus dem Reichstum seiner juristischen Erziehung schöpfend, zu diesem Punkt sprach, war ihnen ein ausgezeichnete Lehrer. Spl. („Gewerkschaftszeitung“)

Amerikaner sehen es ein.

Der amerikanische Großindustrielle W. C. Durant, der Begründer und frühere Leiter der General Motors Co. hat sich einem Vertreter der „Völkischen Zeitung“ in folgender Weise über Deutschlands Schicksal und Zukunft geäußert: „Das Vertrauen, das ich in Deutschland setze, wird von einer großen Zahl amerikanischer Finanziers und Unternehmer geteilt. Die deutsche Industrie muß sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß eine Besserung der Lage im hohen Maße davon abhängig ist, daß der Arbeiter seinen Anteil am Gewinn in der Form vornehmer Löhne erhält. Kein Land der Welt, in dem niedrige Löhne gezahlt werden, ertrifft sich großen Wohlstand. Hohe Löhne für den Arbeiter bedeuten gesteigerten Konsum. ... Der Aufschwung unserer gesamten Industrie basiert auf dem Ansehen, an, wo wir die breiten Massen des Volkes konsumfähig zu machen haben. Der Arbeiter soll nicht nur sein Dach ab-

den Kopf, Essen und Trinken und die notwendige Kleidung haben, er soll auch in der Lage sein, in angemessener Weise an den Genüssen des Lebens teilzunehmen.

Werbetätigkeit der Konsumgenossenschaften.

Nach den Feststellungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine nahmen in 478 Konsumvereinen an 12747 Werbe- und Erziehungsveranstaltungen 3 679 056 Personen teil.

An Filmkopien standen 1144 zur Verfügung, an Lichtbildern wurden 11 069 verandt.

Robert Schmidt 65 Jahre.

Am 15. Mai ist Robert Schmidt 65 Jahre alt geworden. Schmidt hat ein Leben lang in der Gewerkschaftsbewegung gewirkt und er gehört seit langer Zeit zu den repräsentativen Ver-

tretern der Ideen der Gewerkschaften in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Er ist ein Verbindungsmann der Gewerkschaften zur Partei und Jüngere schätzen ihn als einen Mann der alten Garde um Carl Legien.

August Balke †

Der Bergbauindustriearbeiterverband erlitt mit dem Tode seines Sekretärs im Hauptbüro, August Balke, einen schweren Verlust. Balke war ein Stahlfürter Kind, am 23. April 1881 geboren und dort zunächst Steinarbeiter und später Bergarbeiter geworden.

Lohnstreit in der Weißglasindustrie Freistaat Sachsen.

In der Verbandsgruppe IV des Schuhrverbandes Deutscher Glasfabriken sind erufte Differenzen ausgebrochen. Auf Anweisung der Verbandsleitung, sowie auf Grund eines einstimmig gefassten Beschlusses der Vertrauensmännerkonferenz am 17. Mai 1929 haben die im Vorkord beschäftigten Glasmacher und Schleifer in den Betrieben A.-G. Brodowich-Sörnermich mit Abteiler Ottendorf, Firma August Walther & Söhne A.-G., Ottendorf, A.-G. für Glasfabrikation vorm. Gebr. Hoffmann in Bernsdorf, Firma Gebr. Eibenstein und Sachsenhütten in Wilschdorfswenda die Kündigung mit Wirkung ab 25. Mai 1929 eingereicht.

Die Entlohnung dieses Lohnstreites ist in erster Linie darin zu suchen, daß der Schuhrverband Deutscher Glasfabriken sich verweigert, einen Lohnabbau von 5-7 1/2 Proz. anzukündigen.

Um dieses Beginnen richtig zu würdigen, muß festgestellt werden, daß in der Verbandsgruppe IV der Deutschen Weißglasindustrie Löhne für die Gruppe Hilfs- und Nebenarbeiter und Arbeiterinnen bestehen, die um niedrigsten von allen Industriegruppen unseres Verbandsgebietes stehen.

Zum Beispiel Hilfs- und Nebenarbeiter, männliche, wenn sie über 22 Jahre alt sind, haben

Table with 2 columns: Lohnklasse and Lohn pro Stunde. Rows include categories like 'in der Ortsklasse I 69 Pf. pro Stunde' and 'Arbeiterinnen über 20 Jahre haben'.

Jüngere Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten entsprechend weniger.

Diese vorgenannten Arbeitnehmer sollten noch 5 Proz. billiger arbeiten. Der Vertreter des Schuhrverbandes erklärte, daß diese Löhre untragbar für die Industrie seien.

Wir stehen nicht an zu erklären, daß, wenn die Lage der Industrie eine solche ist, wie sie vom Vertreter des Schuhrverbandes dargestellt wurde, eine Rettung dieser Industrie nicht mehr möglich ist.

Wir gestatten uns hierbei die Frage aufzuwerfen, ob es für die Industrie im allgemeinen und für einzelne Betriebe der Verbandsgruppe IV im besonderen nicht vorteilhafter sein würde, wenn Herren, die nicht imstande sind, sich neuzeitlichen Verhältnissen anzupassen und dieselben zu begreifen, ihre Betätigung in der Industrie in die Ode stellen.

Nun etwas über die Frage der Fachhilfsarbeiter. Schon seit längerer Zeit besteht innerhalb der Industrie ein fühlbarer Mangel an solchen Arbeitern. Die im Vorkord beschäftigten Glasmacher haben darunter besonders zu leiden. Woran liegt das? Sind nicht genügend Arbeitskräfte vorhanden? Doch wahrlich nicht! Der Mangel an solchen Arbeitern, der tatsächlich besteht, muß also andere Ursachen haben und ist einzig und allein dadurch zu erklären, daß die Entlohnung zu niedrig ist.

Preßglas-Veranschauer und -auschütter usw. 4,16 bis 5,80 Reichsmark pro Schicht, Mühlbrenner usw. 3,57 bis 4,73 RM pro Schicht, Einträger usw. 2,50 bis 3,02 RM pro Schicht.

Hier will der Schuhrverband ebenfalls 5 Proz. Lohnabbau durchführen!

Wie ist nun die Verdienstmöglichkeit der im Vorkord beschäftigten Glasmacher und Schleifer. Nach der Statistik des Schuhrverbandes betrug der Durchschnittslohn im Monat März 1929 rund 61 RM pro Woche bei 48tägiger Arbeitszeit.

Wir erlauben uns in aller Deutlichkeit die Frage zu stellen: „Ist diese Verdienstmöglichkeit als ausreichend zu bezeichnen?“ Wir sagen: „Nein!“ Es ist dabei zu beachten, daß diese Löhne unter einer Art der Arbeit erreicht werden können, die zu der gesundheitschädlichsten gehört.

verrichten. Im Winter ist er Zugluft und anderen Erscheinungen (Stiffgale usw.) ausgesetzt. Der Lebensaufwand und der Verschleiß an Kleibern usw. ist als ein bedeutender zu bezeichnen.

Es faucht nun mehr die Frage auf: Was ist bisher geschehen, um diesen Lohnstreit beizulegen?

Die Parteiverhandlungen führten zu keiner Einigung. Das Reichsarbeitsministerium wurde beiderseitig um Tariffilic er sucht. Der Schiedspruch, der gefällt wurde, sah eine geringe Lohnerhöhung für Zeitlohnarbeitergruppen vor.

Ferner sollte nach wie vor die Einteilung der Fachhilfsarbeiterlöhne in Alters- und Leistungsstufen beibehalten werden. Eine Festlegung einer Frist, innerhalb der der Arbeiter berechtigt ist, die Höchstspanne zu erreichen, war nicht vorgesehen.

Eine Konferenz der Vertrauensleute bestätigte den Beschluß der Tarifkommission. In dieser Konferenz war ein Idealismus vorhanden, der als bewundernswürdig zu bezeichnen ist.

Der Schuhrverband erklärte die Annahme des Schiedspruches und betrieb die Verbindlichkeit desselben mit einer Geschwindigkeit, die im konkreten Gegenstand zu seinem bisherigen Verhalten steht.

In diesem drohenden Kampfe ist uns die Sympathie der Öffentlichkeit gewiß. An unsere Mitglieder richten wir den dringenden Appell, sich durch nichts beirren zu lassen und nur den Anweisungen der Gewerkschaft und der Tarifkommission Folge zu leisten.

Glas als Baumaterial der Neuzeit.

Von Fritz Hansen, Berlin-Lankwitz. (Schluß.) Verwendungsmöglichkeiten und Bezugsquellen des Flachglases.

Für Bauzwecke kommt insoweit seiner relativen Billigkeit hauptsächlich Fensterglas in Betracht. Aber die ideale Vergalung von Fensterglas bleibt doch nach wie vor Spiegelglas. Denn trotz der maschinellen Fabrikation des Fensterglases ist es nicht gelungen, für dieses eine völlig plane Oberfläche zu erzielen.

Dem Laien freilich wird beim ersten Blick das maschinell erzeugte Glas insoweit seiner feinerpolierten Oberfläche als hochwertiges Vergalungsmaterial erscheinen. Erst bei näherer Besichtigung wird man feststellen, daß insoweit der Nebenheiten der klaren Durchsicht fehlt, der bis jetzt nur bei Spiegelglas zu erzielen ist.

Tragglasherstellung in der Regel an die Spiegelglasfabriken sowie Flächenhütten angeschlossen ist. Die hauptsächlichste Spiegelglasfabrik für dieses Land ist die Spiegelglasmanufaktur Mannheim-Waldhof, die Schließliche Spiegelglasmanufaktur Carl Böttlich in Altwasser (Schleien), Glaswerke Zschernig (Reichenbach), sowie die Glasfabrikenwerke vorm. Ferd. Dove, Düsseldorf, herv. heim.

Das Tramentalgas (weiß und farblos) wird in der Bauweise zu Zwecken verwendet, so z. B. bei der Vergalung von Fenstern, Staubdecken, Blei- und Metallverglasungen usw. Auch auf das Draht-Tramentalgas ist an dieser Stelle hinzuweisen, weil es in der Hauptsache zur Vergalung von Kellereinstreben sowie auch von Staubdecken in Gebäuden für den Verkehr verwendet wird.

Wenn von Spiegelglas gesprochen wird, so nimmt man in Laienkreisen sehr häufig an, daß dieses nur für die Herstellung der eigentlichen Spiegel Verwendung findet. Das ist jedoch ein Irrtum, denn nur ein sehr geringer Prozentsatz der Spiegelglasfabrikation wird mit Silber zu Spiegeln belegt.

Das Spiegeltrugglas findet für Bauzwecke wohl kaum Verwendung und bildet in der Hauptsache ein Halbprodukt, denn erst durch das Schleifen und Polieren wird es veredelt zu Spiegelglas.

Spiegeltrugglas findet überall dort Verwendung, wo auf besondere Sicherheit der Vergalung neben gleichzeitig vollkommener Durchsichtigkeit Wert gelegt wird. Es kommt also für Vergalung von Aufzügen, Straßenbahnen, Autobussen, Flugzeugen usw. in Frage. Auch auf die von den Spiegelglasfabriken polierten Platten möge hinzuweisen werden.

Auch das Triplexglas hat den Vorzug, daß es nicht spaltet, wenn es ist, wie der Name sagt, aus drei übereinanderliegenden Glasschichten hergestellt, die miteinander durch ein durchsichtiges hochwertiges Kittpräparat auf hydrostatischem Wege verbunden werden.

Bei den Verhandlungen mit der Direktion der Spiegelglaswerke „Germania“ in Pors am 23. Mai 1929 kam keine Einigung zustande. Es wurde deshalb eine Spruchkommission unter dem Vorsitz des Herrn Kurrieden vom Schlichtungsausschuß Rönin gebildet, die nachstehende Vereinbarung als bindend verhandelte:

Das Lohnabkommen vom 23. April 1928 bzw. 17. Oktober 1928 bleibt weiter in Kraft mit folgenden Änderungen: 1. Ziffer 1 lautet: Arbeiter über 20 Jahre 75 bis 97 1/2 Pf. für Vollarbeiter (d. h. die tariflichen Stundenlöhne der Vollarbeiter über 20 Jahre erhöhen sich für den Lohnsatz von 70 1/2 Pf. um 4 1/2 Pf. für alle übrigen Lohnsätze um 4 Pf.)

Die Löhne der übrigen Gruppen (Jugendliche) erhöhen sich im gleichen Verhältnis.

Zu Ziffer 2: Der Prozentsatz für jugendliche Arbeiter von 11-15 Jahren wird auf 30 Proz., der von 15-16 Jahren auf 40 Proz. erhöht.

Zu Ziffer 6 einigen sich die Parteien dahin, daß innerhalb 4 Wochen nach dem Inkrafttreten vorstehender Regelung eine Betriebsvereinbarung darüber getroffen wird, von welchem Zeitpunkt nach seiner Einstellung der anzukommende Arbeiter seinen vollen Lohn erhält.

Die neuen Lohnsätze gelten ab 1. Mai 1929.

2. Die Regelung kann mit jedwöchentlichem Austritt zum Betriebsabschluß, jedoch nicht vor dem 30. Dezember 1929 gekündigt werden.

Rönin, den 23. Mai 1929.

gez. Dahmann u. s. u. gez. von de Sandt u. s. u. gez. Jurnieden.

Diese Vereinbarung hat auch Gültigkeit für die angelernten Arbeiter der Rheinischen Ziegels A.-G. in Pors. Ueber weitere Einzelheiten wird mit den Gewerkschaften noch verhandelt.

Die ganze Bewegung hat uns gezeigt, daß auf die Dauer auf dem Verhandlungswege die Arbeiterkraft zu kurz kommt. Es muß deshalb die Aufgabe der Arbeiterkraft sein, jetzt schon zu rufen, damit, wenn alle Mittel auf gutlichem Wege versagen, durch Kampf ein höherer Lohnanteil für die Arbeiterkraft erzielt wird. Reiflicher Ausblick an den Germanischen Bund ist die Verbedingung, um dieses Ziel zu erreichen. F. Hertwig.

Das Lohnabkommen in der Porzellanindustrie.

Das neue Lohnabkommen für die Porzellan- und Steingutindustrie ist nicht gut für die Arbeiterschaft ausgefallen. Die Geschäftslage war nicht zugunsten der Arbeiter. Schlichter und Arbeitgeber behaupteten, der Industrie keine höheren Löhne zu zahlen zu können, wenn der Absatz nicht noch größeren Rückgang erfahren soll. Wichtig ist, daß sich die Geschäftslage seit Mitte des Jahres 1928 fortwährend verschlechtert hat. Im Jahre 1927 hatten wir im Jahresdurchschnitt 5,1 Proz. Arbeitslose und 5,3 Proz. Kurzarbeiter. Im Jahre 1928 betrug der Jahresdurchschnitt an Arbeitslosen 6,5 Proz. und an Kurzarbeitern 6,4 Proz. In den vier ersten Monaten des Jahres 1929 hat sich die Lage sehr verschlechtert, und auch die Leipziger Messe hat keine große Milderung der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterziffern gebracht. Im Durchschnitt der vier Monate Januar, Februar, März und April des Jahres 1929 betrug die Arbeitslosigkeit 11,8 Proz. und von der Kurzarbeit waren 15,4 Proz. betroffen. Das sind für diese Zeit, insbesondere nach der Leipziger Frühjahrsmesse, hohe Zahlen. Allerdings muß gesagt werden, daß auch die Messen die große ausschlaggebende Rolle wie früher nicht mehr spielen, wie überhaupt sich eine Verberung des Auftragsbestandes neuerdings bemerkbar macht. Die Kunden kaufen je nach sofortigem Bedarf, kurzfristig lieferbar, keine Posten. Früher gaben manche Kunden große Orders für lange Zeit im voraus. Immerhin spielt die allgemeine schlechte Lage im gesamten deutschen Wirtschaftsleben eine Rolle, auch für den Absatz an Porzellan und Steingut. Dazu kommt, daß vielfach durch den einigermaßen guten Geschäftsgang im Jahre 1927 die Betriebe mit Arbeitern überbesetzt waren, die bei Nachlassen der Konjunktur entlassen wurden und nun unsere Arbeitslosenstatistik belasteten. Zu berücksichtigen ist ferner, daß die Leistungen wiederum gestiegen sind. Dazu mögen auch Rationalisierungsmassnahmen beigetragen haben. Jedenfalls wird von weniger Arbeitern die gleiche Menge Porzellan hergestellt und die entlassenen Arbeiter belasten ebenfalls unsere Statistik nicht gerade unwesentlich. So sieht das Bild aus, wenn man objektiv sein will. Die Schlichtungsbehörden haben diesen Dingen zu wenig Wert beigemessen; sie haben nur die allgemein schlechte Lage der deutschen Wirtschaft und haben Porzellan mit darunter gerechnet. Nun soll keineswegs behauptet werden, daß es der Porzellanindustrie — im Rahmen des deutschen Wirtschaftslebens gesehen — besser geht als anderen Industriezweigen. Sondern für eine Lohnzulage, vor allem für eine Effektivzulage, war die Auswirkung des Schiedspruches des Schlichters förmlich im Streit im Rhein-Ruhr-Revier und die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts zu diesem Schiedspruch. Das Reichsarbeitsgericht hat bekanntlich die Auffassung vertreten, daß es ein Eingriff in den Mantelvertrag bedeute, wenn Effektivlohnzulagen vom Schlichter gegeben werden, sofern ein Mantel noch läuft, in dem die Grundlage für die Lohnbildung enthalten ist. Es ist nicht zu bestreiten, daß dieses bei uns auch der Fall ist. Ortsklassen, Altersklassen, Affordbasen, Mindestlöhne, Einstelllöhne sind als die Grundlagen unserer Lohnbildung im Mantelvertrag verankert. Dafür, daß man glaubte, uns keinen Effektivlohnzulagen geben zu können, hätte man uns eine entsprechende Lohnzulage geben müssen. Es fragt sich nur, wie hoch diese hätte sein müssen, damit viele, vielleicht der größte Teil unserer Kollegen und Kolleginnen, also vor allem die Affordarbeiter, etwas bekommen konnten. Darüber gehen die Meinungen zwischen uns und den Arbeitgebern auseinander. Die Unternehmer behaupten, im Durchschnitt im ganzen Reich lägen die Affordverdienste weit über den Affordbasen. Wir machen aber bei mancher Sparte die Beobachtung, daß die Verdienste recht nah an der Affordbasis liegen. Jedenfalls muß in Zukunft bei der ersten Gelegenheit die Möglichkeit geschaffen werden, unseren Affordarbeitern Effektivzulagen bringen zu können. Und diese Gelegenheit bietet sich erstmalig im Frühjahr nächsten Jahres. Die Grundlagen für die Löhne müssen aus dem Mantelvertrag entfernt und dem Lohnvertrag zugeführt werden. Das ist eine Aufgabe des nächsten Jahres.

Zu dem kommt, daß unsere Kollegen in Sachsen alle energisch fordern, daß für Sachsen besondere Zuschläge zu verlangen sind. Ganz Sachsen soll nach Ortsklasse A kommen. Dresden soll nach Ortsklasse Groß-Berlin entlohnt werden. Die sächsischen Kollegen behaupten, daß das Lohnniveau Sachsens aller übrigen Industrien über dem der Porzellan- und Steingutindustrie liege. Welche unserer Freunde in Sachsen fordern: Los vom Reichstarifvertrag und einen besonderen Bezirksstarif für Sachsen! Es bietet nun das Richtige ist, müssen wir zur Beurteilung unserer gesamten Kollegen überlassen. Deswegen wäre es angebracht, wenn man in Kollegenkreisen dazu Stellung nähme. Nicht zu entkräften ist, daß unsere Tariflöhne ungefähr um zehn Prozent niedriger sind als die in Sachsen allgemein üblichen Tariflöhne, ausgenommen diejenigen der Textilindustrie. Nach wie vor wird also die Organisation energisch für die Interessen der Mitglieder eintreten müssen; dazu gehört intensive Mitarbeit aller Kollegen.

Beachtliches für die Stückpreisbildung.

Die Arbeitgeber haben an Hand von in den Betrieben ihrer Mitglieder aufgenommenen Statistiken bei den diesjährigen Verhandlungen — genau wie in früheren Jahren — den Beweis zu führen versucht, daß die Arbeiterhöflichkeit der feinkeramischen Industrie recht annehmbar Durchschnittsverdienste zu erzielen wisse. Diese Statistiken ergaben nicht nur für die Affordarbeiter Ueberverdienste über die im Tarif vorgesehene Basis, sondern auch für die Zeitlöhner wird festgestellt, daß diese keineswegs im Durchschnitt zu den reinen Tariflöhnen arbeiten müssen. Keiner man aus diesen Statistiken Rückschlüsse auf die Entlohnungsverhältnisse in allen feinkeramischen Betrieben ziehen oder auch nur auf die Entlohnung in den Betrieben der Mitglieder des Arbeitgeberverbandes, so ist nicht einzusehen, warum die Unterhändler der Arbeiter alle Register gezogen haben, um eine Erhöhung der Beilöhne und Affordbasen zu verhindern. Wir wissen warum! Die Arbeitgeber sind darüber im Klaren, daß es eine große Anzahl Firmen gibt, die die Affordbasen halten, daß der Durchschnittsarbeiter kaum die Affordbasis oder wenig darüber verdient. An die Kollegen solcher Betriebe wollen wir uns heute mal wenden. Nicht erst bei den letzten Lohnverhandlungen, sondern schon jetzt sind wir Betriebe bekannt, in welchen die Stückpreisbildung alles zu wünschen übrig ließ. Als wir nach Effektivlohnzulagen erkundeten, war oftmals ein solches Verbot, das durch die Unternehmer zu verzeichnen, der leider von manchen Arbeitern nicht sofort energisch entgegengetreten wurde. Die Unternehmer sagten: Affordarbeiter erhalten den Effektivlohn. Ohne Rücksicht darauf, ob die Stückpreise nach den tatsächlichen Produktionskosten geteilt, mit einer Durchschnittsleistung die Affordbasen zu verdienen, wurde so verfahren. Die natürliche Folge war, daß die Effektivzulagen immer einige Prozente niedriger als die Erhöhung der Tariflöhne war, daß sich die Verdienstmöglichkeit solcher Affordarbeiter immer mehr verschlechterte. Ein besonders treffendes Beispiel bildet die Porzellanindustrie. Im Jahre 1928 war der Stückpreis auf der Grundlage der Affordbasen für einen Handarbeiter der Ortsklasse B in Höhe von 6,5 Pf. gebildet. Der Verdienst eines Durchschnittsarbeiters betrug also in diesem Betrieb etwa 6 Pf. oder ein wenig darüber. 1927 wurden die Tariflöhne um 12 Proz. und die Effektivzulagen um 6 Proz. erhöht; 1928 erhielt ein 16. Proz. höhere um 5 Proz. Der als Beispiel angegebene Verdienst betrug also keine Affordarbeiter, ohne bei diesen ein Überverdienst zu haben, die Effektivzulagen. Rechnen wir

also einmal: 6,5 Pf. plus 6 Proz. 1927 = 4 Pf. = 70,5 Pf., plus 5 Proz. 1928 = 3,5 Pf. = 74 Pf. Selbst wenn die Kollegen in der Zwischenzeit eine Leistungssteigerung dazu vollbracht haben, ist es ihnen aber nicht möglich gewesen, durchschnittlich die Affordbasen von 8 Pf., die für 1928 geltend hatte, zu erreichen. 1929 kommt nun kein Effektivzulagen, die Affordbasen in B ist aber auf 8 Pf. erhöht und muß ab 1. April 1930 um weitere 2 Pf. auf 10 Pf. erhöht werden. Nach der Debitur der eben erwähnten Betriebsleitung ergab sich, daß kein Effektivzulagen vereinbart wurde, unverändertes Fortbestehen der Stückpreise. Nichts ist so falsch wie das! In diesem Betrieb mußte schon 1927 um Erhöhung der Stückpreise um 10 resp. am 1. Oktober 1927 um 2 weitere Prozent gebirgt werden; 1928 kam eine Erhöhung von 10 Proz. in Betracht und ab 1. Mai d. J. um zirka 4 Proz. Hätten die Kollegen dem Tarif zum Recht verholfen, so hätten sie heute einen Durchschnittsverdienst von mindestens 86 Pf. pro Stunde. In allen Betrieben, wo die geschichteten Verhältnisse vorzufinden sind, es gibt außer dem als Beispiel erwähnten noch mehr, müssen die Kollegen mit Hilfe der Preiskommissionen eine diesen hier gegebenen Erläuterungen entsprechende Nichtigstellung ihrer Stückpreise beanspruchen. Sollen sich die Firmenleitungen dessen weigern, so sind die im Vertrag vorgesehenen Schiedsinstanzen in Anspruch zu nehmen.

Neben der Verweigerung eines entsprechenden Effektivzulagen — zum Teil unter Verneinung auf den Schiedspruch Köttens für die nordwestliche Industrie — zeigen sich in erhöhtem Maße Bestrebungen der Unternehmer, mit oder ohne Hilfe des § 29 des Reichstarifvertrages einen Abbau der Stückpreise zu versuchen. Diesellen Unternehmer, die eben erst bei den Verhandlungen an Hand ihrer Statistik behauptet haben, sehr wir sind gar nicht so, wir vereinbaren Stückpreise, die eine recht erhebliche Ueberschreitung der Tariflöhne gestatten und die damit verhindern wollten, daß unsere Tariflöhne eine zeitgemäße Erhöhung erfahren, gehen jetzt her und versuchen vielmehr, die Verdienste auf die Tariflöhne herabzudrücken. Solchen Bestrebungen der Betriebsleitungen muß von den Kollegen äußerster Widerstand entgegengesetzt werden. Nur unter der Voraussetzung, daß die Bestimmungen des § 29 des Reichstarifvertrages zutreffen, dürfen sich die Preiskommissionen zu Verhandlungen bereit finden. Vor allem ist Verzicht von Abbaumassnahmen auf breiter Grundlage entgegenzusetzen. So wenig Erhöhungen für ganze Sparten, Ortsklassen usw. in Frage kommen, ebensowenig dürfen von den Werksleitungen Abzüge vorgenommen werden. Das gilt für alle Sparten, für Einzel- und Kolonnenarbeit.

Wenn solche Versuche bemerkt werden, ist unverzüglich der in Frage kommenden Verbandsinstanz, der Zahlstelle oder Gauleitung Kenntnis zu geben, damit diese das Weitere veranlassen kann. Wir wissen, daß in der Mehrzahl der Betriebe die Unternehmer gar nicht auf den Einfall kommen, ein solches Ansuchen an die Kollegen zu stellen. Ueberall da, wo eine gefestigte Organisation vorhanden ist, werden die Preiskommissionen und Arbeiterräte sofort Stellung nehmen. Anders gehen die Dinge, wo diese Instanzen fehlen oder wo sich Kollegen wegen Interesslosigkeit nicht beim Arbeitgeber durchsetzen können. Dann werden die Arbeitgeber bei der Verfolgung solcher Absichten leichtes Spiel haben.

Mehr als je gilt es daher, alle Kräfte zusammenzufassen, die Bauen und Gleichgültigen aufzurütteln. Unser Mantelvertrag in allen seinen Bestimmungen, die sich mit der Lohnbildung beschäftigen, bietet eine große Reihe Möglichkeiten, die sich zugunsten der Kollegen ausnützen lassen. Freilich ist dazu notwendig, daß die Beschäftigten sich den notwendigen Rückhalt in der Organisation beschaffen. Dann werden die Unternehmer von fruchtlosen Versuchen, auf den eben gekennzeichneten Wegen die Verdienste zu drücken, Abstand nehmen.

Selb.

Die Lehrlingsausbildung in der Porzellanindustrie ist wahrlich eine Frage, um die sich die Porzellanindustriellen und die Arbeiterschaft mehr kümmern sollten als bisher. Die

Porzellanindustrie wird immer mehr Qualitätsindustrie, der Rückhalt ein gut ausgebildeter Stamm von Arbeitern sein muß, wenn sie Erfolg haben und in Weltkonkurrenz bestehen soll. Es hat jedoch den Anschein, legen die Porzellanfabrikanten auf die Veranziehung und Ausbildung des Stammes Facharbeiter nicht mehr das Gewicht, wie bei der Lehrlingsfrage etwas größere Aufmerksamkeit widmen.

Weilerberz in den Erten, wo die Porzellanindustrie herrschend ist, sind die Ausbildungsverhältnisse und vor a Dingen das Weiterkommen nicht günstig geregelt. Ein Eltern nicht gewöhnlich schon mit Wange den Tag haben, dem ihre Söhne die Schule verlassen und ein Lehrverhältnis in der Porzellanfabrik erstreben. Wird z. B. ein Junge Dreijährig in Gefahr, daß der Unternehmer nach dem Muster eine billigere weibliche Arbeitskraft vorzieht und den Dreijährigen entläßt. Die vier Jahre Lehrzeit, in der er einseitig ausgebildet wurde, sind dann umsonst gewesen. Bei den Lehrlingen wird mehr darauf geachtet, daß sie zu geringerem Lohn bekommen ja nur 1/2 bzw. 2/3 der Stückpreise — große Anstrengungen, nicht aber darauf, daß sie eingehend ihr Fach lernen. Das gilt für alle Lehrlinge in den Gestaltun abteilungen. Noch schlimmer sieht es für die Malerlehrlinge aus. Die Malerei wird immer mehr durch das Maschinenfach verdrängt. Die Malerlehrlinge lernen fast nur noch Ränder Staffieren, Linieren und etwas Farbenlegen, Mimen- und Landschaftsmalen gibt es fast nicht mehr. Will nun ein talentierter Lehrling weiterkommen und er geht in die Fachschule, so ist auch dieses Opfer umsonst; denn bei seiner Rückkehr in den Betrieb wird er gewahrt, daß er nicht mehr Afford schützen kann und sein Lohn wird zu gering. Die Umstände trug wohl auch dazu bei, daß nur fünf Selber Maler gegenwärtig die Fachschule besuchen. Dann kommt hinzu, daß in Selbst die Maler nunmehr fünf Jahre lernen müssen. Wenn sie dann ihre Lehrzeit beendet haben, und sie wird falsch ausgebildet, werden sie trotzdem auf die Straße geschickt. Kürzlich wurde Malern, die ihre vierjährige Vertragslehre hinter sich hatten, das Ansuchen gestellt, sie könnten im Betrieb bleiben, wenn sie zum Lohn arbeiten wollten. Wenn sich anerkannt wird, daß die Verlängerung der Lehrzeit bei Malern mit darauf zurückzuführen ist, um eine Art Abschreckungsmaßnahme durchzuführen und den großen Andrang zu dem Betrieb trotz der geschichteten Nachteile etwas zurückzudämmen, so das Vorgehen doch falsch und nicht angebracht. Hier soll dann eher durch eine sorgfältige Eignungsprüfung die richtige Auswahl getroffen werden.

Die Dinge sind nun soweit gediehen, daß sich die Leuten nicht damit beschäftigen müß. Die Unternehmer täten deshalb gut, mit dem Keramischen Bund als der zuständigen Arbeiterorganisation Verhandlungen über eine Regelung der Lehrlingsfrage zu führen.

Mit blauem Auge davongekommen.

Das Ermittlungsverfahren gegen den bisherigen Generaldirektor der staatlichen Porzellanmanufaktur Dr. Mousfang das nach den Landtagsdebatten auf Antrag des Handelsministers vom Generalstaatsanwalt beim Landgericht I eingeleitet und ohne Voruntersuchung direkt von der Staatsanwaltschaft geführt worden ist, ist nunmehr beendet. Wie eine Berliner Gerichtskorrespondenz erzählt, dürfte es zu seiner Verurteilung kommen. Die Staatsanwaltschaft hat sich zu dem Ergebnis gekommen, daß die Dr. Mousfang vorgenommenen Verhaftungen (in der Hauptsache Untrene und Urkundenfälschung) zwar hart die Grenze von strafbaren Handlungen streiften, daß sie sich aber nicht durch einen Strafparagrafen lassen ließen. Es sei vor aller Dingen Dr. Mousfang nicht nachzuweisen gewesen, daß er sich Vermeidensvorsorge verhofft habe. Der große persönliche Aufwand Mousfangs sei gleichfalls nachgeprüft worden. Da sämtliche Ausgaben in den Büchern kassenmäßig aufgeführt worden seien, so fehle auch hier eine Handhabe zu einer strafrechtlichen Verfolgung. Nach dieser Richtung hin könnten lediglich gegen Mousfang zivilrechtliche Forderungen erhoben werden. Wenn das nun ein Arbeiter gewesen wäre. — Sicher würde da ein passender Strafparagraf gefunden werden.

Tarifverhältnisse und Lohnbewegungen in der Zementwaren- und Kunststein-Industrie.

In obiger Industrie sind im Jahre 1929 die allgemeinen Arbeitsverhältnisse, wie Arbeitszeit, Ueberstundenzulagen, Urlaub usw. in einem Reichstarif geregelt, der mit zu den besten Verträgen in der Grobkeramik zählt. Das ist der einzige Reichstarif, welcher in den zum Vertriebsgebiet des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, gehörenden Industriezweigen, soweit Grobkeramik in Frage kommt, überhaupt abgeschlossen wurde.

Auch bei den Lohnverträgen ist zu verzeichnen, daß der größte Teil auf Grundlage von anderen Bezirksverträgen abgeschlossen ist. Nur in einzelnen Bundesstaaten, wo die Zementwaren- und Kunststein-Industrie ziemlich schwach vertreten ist und die Betriebe räumlich sehr weit auseinanderliegen, bestehen Firmenverträge.

Im ganzen wurden 1928 elf Bezirks-, drei Orts- und eine Anzahl Firmen-Lohnverträge abgeschlossen. Der größte Teil dieser Verträge ist auch in diesem Jahre zu dem Zweck, Erreichung weiterer Lohnerböhrungen von Arbeitnehmerseite erlöhigt und ein großer Teil bereits wieder neu abgeschlossen worden.

Bezirksverträge bestehen in Schleien, Brandenburg, Freistaat Sachsen, Nord- und Südbayern, Württemberg, Hessen-Dessau-Regen-Bial, Rheinland, Westfalen und Hamburg-Schleswig-Holstein.

In den übrigen Gebiete Deutschlands, außer Braunschweig, Groß-Berlin und Chemnitz i. Sa., wo Ortsverträge bestehen, sind lauter Einzelverträge. Die Gesamtzahl ist nicht allzu hoch, weil die gesamte Betonwarenindustrie nur einen kleinen Umfang einnimmt.

Sämtliche Verträge sind in diesem Jahre wieder gelöhigt und zu einem großen Teil bereits wieder neu abgeschlossen; darunter die Bezirksverträge in Brandenburg bis auf einen, Freistaat Sachsen, Chemnitz, Nord- und Südbayern, Hessen-Dessau-Regen-Bial, Rheinland und Groß-Bayern-Schleswig-Holstein. Auch die Ortsverträge in Braunschweig und Groß-Berlin sind ebenfalls schon neu abgeschlossen. Von 34 bis Ende Mai eingeleiteten Lohnbewegungen waren bis zu diesem Zeitpunkt bereits 19 erledigt und die Lohnsätze wieder neu abgeschlossen. Die erledigten Bewegungen umfassen die übergroße Mehrzahl der bei den eingeleiteten Bewegungen in Betracht kommenden Betriebe und Beschäftigten. Insgesamt waren bis Ende Mai eingeleitet 34 Bewegungen mit 282 Betrieben, die 5860 Arbeiter und 267 Arbeiterinnen beschäftigten. Die erledigten Bewegungen umfassen 213 Betriebe mit 424 Arbeitern und 225 Arbeiterinnen = 4239 Beschäftigte.

Das Organisationsverhältnis kann hier mit zirka 75 Proz. für den Fabrikarbeiterverband, Abt. Keramischer Bund, je zirka 5 Proz. für andere freie Gewerkschaften und Christliche, sowie 2% bis 3 Proz. für die Kirch- und Dunderische Gewerkschaft, als eingemessen zu bezeichnen werden.

Dem guten Organisationsverhältnis in dieser Industrie ist es wohl auch zu danken, daß dort, wo Bezirksverträge bestehen, einigermassen erträgliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse herrschen. Auch bei den bereits erledigten Lohnbewegungen erfolgten

die Tarifabschlüsse meist in freier Verständigung. An Lohnerböhrung wurde bei diesen 19 erledigten Bewegungen im Durchschnitt erzielt: Für den Betriebshandwerker 4,95 Pf., für den Betriebsfacharbeiter (Kunststeinarbeiter usw.) 4,8 Pf., für den Angelernten 4,6 und für die Arbeiterinnen 3,6 bei den Spitzenlöhnen. Die neu abgeschlossenen Verträge laufen bis auf zwei wieder alle im Frühjahr 1930 ab. Bei zwei Verträgen ist eine längere Laufzeit vorgesehen. Bei einem ist dabei eine Lohnerböhrung von 7 Pf. in der Spitze gewährt worden. Der höchste Spitzenlohn beträgt bei den Handwerkern und Betriebsfacharbeitern 156 Pf., bei den ungelerten Arbeitern 125 Pf., und bei den Arbeiterinnen 86 Pf.

Die niedrigsten Löhne sind bei einigen Firmen in Ostpreußen zu verzeichnen, und zwar Handwerker 68 Pf., Betriebsfacharbeiter 65 Pf., Angelernte 56 Pf., und 40 Pf. bei den Arbeiterinnen.

Die übrigen Gebiete steigen demgegenüber stark nach oben. Daß die Löhne im Osten so niedrig sind, liegt zum Teil daran, weil die Arbeiterschaft sich lange nicht um die gewerkschaftliche Organisation kümmerte, während die anderen Bezirke in der Zementwaren- und Kunststeinindustrie eine gute, jahrelang im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands organisierte Arbeiterschaft aufweisen konnten.

Es mögen noch eine Anzahl kleinere Betriebe vorhanden sein, wo noch keinerlei tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen besteht, weil die Arbeiterschaft den Weg zur Organisation noch nicht gefunden hat, aber jedes Jahr werden Betriebe neu von Tarifverträgen erfaßt. So auch in diesem Jahre wieder ein, wenn auch kleiner Teil. Die Entwicklung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abt. Keramischer Bund, macht auch in diesem Industriezweig von Jahr zu Jahr Fortschritte. Die Arbeiterschaft in dieser Industrie erkennt auch mehr und mehr, daß nur eine gute gewerkschaftliche Organisation einen auskömmlichen Lohnstand verbürgen kann. An den noch fernstehenden Teil der Arbeiterschaft aber sei die Mahnung gerichtet, sich einzureihen in die Front der organisierten Arbeiterschaft und Mitglied beim Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, zu werden.

Tarif-Lohngestaltung in der Ziegelindustrie 1929.

Wenn man sich die Zahl der im Jahre 1928 in obiger Industrie abgeschlossenen Tarifverträge betrachtet, so muß man konstatieren, daß da noch eine große Zerplitterung im Tarifwesen obiger Industrie besteht. Nicht weniger als 66 Mantel- und 128 Lohnverträge wurden im Jahre 1928 neu vereinbart. Zum größten Teil bestanden die Verträge schon. Nur ein kleiner Teil wurde für Werke oder Bezirke abgeschlossen, wo bisher die Lohn- und Arbeitsbedingungen überhaupt noch nicht

oder seit längerer Zeit nicht mehr tariflich geregelt waren. Im ganzen bestanden Ende 1928 45 Bezirks-, 38 Orts- und 15 Werkslohn- und 32 Bezirks-, 25 Orts- sowie 36 Werksmantelverträge in der Ziegelindustrie.

Die Gesamtzahl der unter diese Verträge fallenden Betriebe und Beschäftigten betrug: 392 Betriebe mit 92.000 Beschäftigten, davon 9620 Arbeiterinnen. Das Organisationsverhältnis konnte als einigermaßen günstig bezeichnet werden. Es betrug für den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands 63,3 Prozent der Beschäftigten, während in anderen freien Gewerkschaften 5 Proz. und beim Christl. Fabrikarbeiter-Verband ca. 7 Proz. der Beschäftigten organisiert waren.

Wie aus den Zahlen der bestehenden Verträge zu ersehen ist, gibt es auch bei den Arbeitgebern eine Reihe Außenleiter, ebenso wie bei der Arbeiterchaft. Soweit sie unter die Allgemeinverbindlichkeitsklärung fallen, beeinflussen die Beschlüsse dieser Außenleiter meist das Gesamtorganisationsverhältnis im ungünstigen Sinne, denn gerade bei den Außenleitern sind auch die Beschlüsse entweder nicht oder schwach organisiert.

Die durchschnittliche Lohnerhöhung bei allen Lohnbewegungen 1928 betrug bei den Arbeiteripshöhen ca. 7 Pz. und bei den Arbeiterinnen ca. 5 Pz. pro Stunde.

Dass bei den diesjährigen Lohnbewegungen nicht die Erhöhungen bei den Löhnen herauskommen würden, wie 1928 und 1927, darüber waren sich alle Funktionäre, die mit Lohnabschlüssen zu tun haben, klar. Auch daß bei der Stellung der Parole der Arbeitgeberverbände auf Lohnabbau bzw. Schluß mit jeder Lohnerhöhung usw. hinauszuweisen, sich in diesem Jahre die Lohnverhandlungen außerordentlich schwierig gestalten würden, damit mußte von vornherein gerechnet werden.

Trotz der Parole der Unternehmer und trotz des Widerstandes, den sie jeder, auch geringsten Lohnerhöhung entgegensetzten, kann schon heute gesagt werden, daß sie ihr Ziel, Abbau der Löhne, oder möglichst längerer Abbruch zu den vorjährigen Lohnsätzen, möglichst auf mehrere Jahre bei den bis Ende Mai neu abgeschlossenen Lohnverträgen, nicht erreicht haben.

Eingeleitet waren bis Ende Mai dieses Jahres 119 Lohnbewegungen, die sich auf 2819 Betriebe mit 79.498 Arbeitern und 9712 Arbeiterinnen gleich 89.210 Beschäftigte bezogen. Von diesen eingeleiteten Lohnbewegungen waren bis Ende Mai 18 Bewegungen, die sich auf 1.993 Betriebe mit 51.041 Arbeitern und 7103 Arbeiterinnen gleich 58.144 Beschäftigte erstreckten. Nur reichlich 65,1 Proz. der bei den eingeleiteten Lohnbewegungen beteiligten Beschäftigten sind also die Löhne bereits wieder neu abgeschlossen. Das Ergebnis der Lohnbewegungen stellt sich bei den 48 bereits abgeschlossenen Bewegungen im Durchschnitt wie folgt:

Betriebshandwerker 4,5 Pz., Betriebsfacharbeiter (Brenner, Ofenleute usw.) 4,16 Pz., ungelernete Arbeiter 3,9 Pz. und Arbeiterinnen 2,41 Pz. bei den Spitzenstundentöhnen (Vollarbeiter und -arbeiterinnen).

Von den 48 abgeschlossenen Lohnverträgen läuft einer bis auf weiteres und kann zu jeder Zeit gekündigt werden, drei laufen Februar 1930, 25 Ende März 1930, acht Mitte bzw. Ende April 1930, zwei am 31. Mai 1930, einer Ende Juni und sechs Mitte bzw. Ende Juli 1930 ab.

An größeren Verträgen sind abgeschlossen die Bezirksverträge in Sachsen, fünf sämtlich in Schlesien, Hauptbezirk Dresden-Liegnitz und eine Anzahl kleinere Bezirke durch Verbindlichkeit gefällter Schiedssprüche mit einer durchschnittlichen Spitzenlohnerhöhung von 4 Pz. bei den Arbeitern und 2 bis 2,5 bei den Arbeiterinnen. Was in Schlesien noch aussteht, ist Oberhiesiges Industriegebiet und Kreisburg-Oberschlesien, sowie einige Ortsverträge und kleinere Bezirke.

Weiter sind die Bewegungen abgeschlossen für Bayern, Rheinland, Mecklenburg, Schleswig-Holstein, der größte Teil der Verträge in Preußen mit Elbina, Gaffelste und Marienwerder-Stuhm. In Brandenburg sind die beiden Hauptbezirke Potsdam-Niederlausitz, sowie Gebiet Pomeranien-Soran ebenfalls erledigt. In Preußen stehen noch ein größerer Bezirk und einige Firmenverträge offen. Brandenburg einige kleine Verträge. Gleichfalls abgeschlossen ist weiter Minden-Lippe-Ravensberg, Braunschweig, Bezirke Magdeburg, Stendal, Altmark, Halberstadt-Nordhara, Bezirk Hannover ist ein Schiedsspruch gefällt mit 4 Pz. Zulage in der Spitze.

In Hessen-Hessen-Rassau-Waldeck ist erst ein Abschluß, und zwar durch bindenden Schiedsspruch des Tarifamtes für den Bezirk Frankfurt-Höchst usw. erfolgt. Für die übrigen Bezirke, so fünf bis sechs, sind ebenfalls Schiedssprüche ergangen, aber von den Arbeitgebern abgelehnt. In Thüringen, wo gegen ein Dutzend kleinerer Bezirksverträge bestehen, ist es ebenfalls bei einigen durch Einigung zum Abschluß gekommen, und zwar für Gera-Weißfuch (Bezirksvertrag), Zeitz (Ortsvertrag), Altenburg (drei Firmenverträge), Erfurt (Bezirksvertrag), Nordhausen (Firmenvertrag).

Offen stehen noch die Bezirke Westfalen, Württemberg, Baden-Hohenzollern, Rheinpfalz, Unterelbe-Stade, sowie eine Reihe von Orts- und Firmenverträgen in verschiedenen Landesteilen. In ersteren Bezirken sind verschiedentlich Schiedssprüche gefällt, die zum Teil von den Arbeitgebern und Arbeitgebern abgelehnt wurden, ein Teil von Arbeitgebern allein. Zu ersten Differenzen kann es in einem Teile Thüringens, in Westfalen, Rheinpfalz und noch einigen kleineren Bezirken wegen des starken Festhaltens der Unternehmer an ihren Parolen kommen. Verschiedentlich, wie in Westfalen, wo die Arbeitgeber soan an dem Lohnabbau herangehen, ist es bereits in einigen Betrieben zu ersten Auseinandersetzungen gekommen, die aber, nachdem die Arbeitgeber ihre Pläne zurücknahmen, beigelegt werden konnten.

Von 20 im Jahre 1928 abgeschlossenen Bewegungen mit 44 Betrieben und rund 2000 Beschäftigten war Meldung bis Ende Mai 1929 noch nicht eingegangen, ob auch in diesem Jahre Lohnbewegungen eingeleitet waren oder werden. Interesse ist wohl als sicher anzunehmen, weil einige Verträge dabei sind, wo immer mit dem Abschluß erwartet wird, bis die Verträge in den Hauptbezirken erledigt sind.

Was das Organisationsverhältnis bei den eingeleiteten und abgeschlossenen Bewegungen anbetrifft, so hat der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, gegen 1928 um etwa drei Prozent zugenommen, trotz des harten Winters, der sich für die Ziegler wirtschaftlich ziemlich ungünstig auswirkte.

Eins kann gesagt werden. Seit die Ziegler erkannt haben, daß sie nur mit Hilfe ihrer Organisation, dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, d. h. Keramischer Bund, ihre Lebenshaltung wirtschaftlich verbessern können, sind sie nicht mehr rechtlos auf Gnade und Ungnade den Arbeitgebern ausgeliefert. Die Arbeitgeber können nicht mehr einseitig die Lohn- und Arbeitsbedingungen diktiert, sondern hier spricht auch die organisierte Zieglerchaft ein gewichtiges Wort mit.

Dass eine mögen sich alle Ziegler, die dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, noch fernstehen, jaen lassen: Gätten die Ziegler nicht an vorstehender Organisation einen starken Rückhalt gehabt, so würden die Unternehmer ihre Pläne auf Lohnabbau und kostliche schmerzliche Dinge in die Wirklichkeit umzusetzen haben. So findet auch ihre Macht eine Grenze an der Macht der gewerkschaftlichen Organisation der Ziegler, dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund. Deshalb Ziegler auf zur Stärkung ihrer gewerkschaftlichen Organisation!

Differenzen in der Ziegelindustrie.

Jedes Jahr haben wir einen erbitterten Kampf zu führen, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Ziegelindustrie einigermaßen erträglich zu gestalten. Die Zieglerarbeiter sind zum größten Teil Kampfgewerkschafter, höchstens fünf bis sechs Monate im Jahr haben sie Arbeitslosigkeit. Nur die Wintermonate gelingt es nur einzelnen, anderswo unterzukommen. Die große Arbeitslosigkeit verurteilt fast restlos die Ziegler, im Winter zu hungern, und so müssen sie mit dem Wenigen, das sie im Sommer erparen konnten, versuchen, sich im Winter durchzuhangeln. Die Schwere der Arbeit in meistens zehnkündiger Arbeitszeit berechtigt uns aber, gerade für die Zieglerarbeiter ausreichende Löhne zu fordern. Doch bei den Zieglerarbeitern finden wir dafür das allerwenigste Verständnis. Der am 15. April gefällte Schiedsspruch, der ab 1. April eine Erhöhung der Spitzenlöhne um 3 Pz. vorsah, wurde von dem Arbeitgeber-Verband abgelehnt. Unser Antrag auf Verbindlichkeitsklärung dieses nach unserer Auffassung sehr minimalen Schiedsspruches fand bei dem Schlichter von Westfalen Prof. Dr. Brahn keine Gegenliebe. Er lehnte ohne Begründung die Verbindlichkeitsklärung ab und stellte sich somit auf Seite der Arbeitgeber. Der gesamten Zieglerchaft hat sich eine ungeheure Empörung bemächtigt.

In einer großen Versammlung, welche von mehreren hundert Zieglerarbeitern aus Duisburg und Umgebung besucht war, wurde zu dieser Angelegenheit Stellung genommen. Die Versammelten nahmen mit großer Entrüstung Kenntnis von der reaktionären Einstellung der Arbeitgeber sowie auch des staatlichen Schlichters von Dortmund. Sie verurteilten mit aller Entschiedenheit die gefällte Entscheidung des Schlichters, welcher den Kampf in der Ziegelindustrie bedeutet. Wenn wir auch der Auffassung war, daß es in der heutigen Zeit dringend notwendig sei, jealichen Wirtschaftszweig vor einer Erschütterung zu bewahren, so kann das hier nicht gelten und fällt die Schuld auf die Zieglermeister und den Schlichter in Dortmund. Ihnen müssen wir die Verantwortung für das zuziehen, was durch die Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung folgen wird, denn in allen an den Bezirk Westfalen angrenzenden Bezirken sind Lohnerhöhungen bewilligt, teils durch Schiedssprüche, teils durch freie Vereinbarung. Darum ist es nicht zu begreifen, daß der Bezirk Westfalen nun allein leer ausgehen soll.

Die versammelten Ziegler gelobten, auch vor dem letzten Mittel, dem Streik, nicht zurückzuzucken, um sich ihr Recht zu holen. Eine aus der Mitte der Versammlung eingebrachte Resolution, welche das Gebahren des Schlichters ins rechte Licht setze, wurde einstimmig angenommen. Dieselbe hat nachfolgenden Wortlaut:

„Die am 25. Mai 1929 im Lindenhof zu Duisburg stattgefundene Zieglerversammlung, die von beiden Gewerkschaften, dem Verband der Fabrikarbeiter und dem Gewerksverein Deutscher Ziegler, von deren Vertretern überaus stark besucht war, nahm Stellung zur Ablehnung des Schiedsspruches vom 15. April 1929 durch den Schlichter Herrn Professor Dr. Brahn, Dortmund.“

Die Versammlung erklärt hierzu, daß sie in der Haltung des Schlichters ein äußerst unsoziales Verhalten ersehe. Es war der Versammlung nicht verständlich, daß eine Ablehnung des Schiedsspruches, der nur eine geringe Erhöhung der Löhne, vom 4. d. M. pro Stunde in der Spitze vorsah, erfolgen konnte, nachdem in bereits allen anderen Tarifgebieten der Ziegelindustrie in letzter Zeit ähnliche Erhöhungen bereits erfolgt sind.

Die Anweisungen sprachen restlos den Willen aus, den Parolen der Gewerkschaften zu folgen und den notwendig werdenden Kampf zu Ende führen. Ausdrücklich wird weiter erklärt, daß nicht die Zieglerarbeiter den Wirtschaftskrisen stören, sondern dieses durch das Verhalten der Arbeitgeber und des Verlangens der Schlichtungsinstanz erfolgt.“

Die Versammelten gelobten weiter, den Ausbau der Gewerkschaften zu fördern und sich mit allem Eifer vorzubereiten, wenn die Unternehmer nicht in letzter Minute einklinken, zum Kampf.

Einigkeit und Geschlossenheit verbürgen den Sieg! D. G.

Sie siegen sich zu Tode!

In der oberhiesigen Zement- und Kalkindustrie haben sich die Werkvereine eingemischt. Die Meister haben die Betriebsleitungen helfen lassen und die Werkvereinsfunktionäre brüten und brüten, lassen sich füttern mit reichlicher Kost und dennoch scheint daraus nichts zu werden. Während auf der einen Seite im Voraus heldenhafte Töne des bevorstehenden Sieges der Werkvereinsbewegung angeschlagen wurden, sieht es auf der anderen Seite schon so aus, daß die Werkvereinsbewegung ihrem Lebensabend wieder einmal entgegengeht. Obwohl wir wissen, daß der Kapitalismus diese Summierung gern nährt, damit die freie Gewerkschaftsbewegung aufgehoben wird, haben sie es niemals zustande bringen können, das aus dem selben Sumpf ein edles Gewächs hervorgehen wäre; denn dazu wäre nötig, daß der Boden in einen nahrhaften umgewandelt werden muß, woraus zu schließen ist, daß das Gewächs auf solchem Boden auch nicht gedeihen kann. Leider gibt es noch einen Teil unter der Arbeiterchaft, denen es gleichgültig ist, auf welchem Boden sie stehen, sie bringen auch wenig Reizung, sich offen zu bekennen. Gerade darauf läuft sich die Werkvereinsbewegung — es ist dies aber eine schlechte Stütze und deshalb wird ein solcher „Verein“ niemals eine gute zeitigen können. Das wissen nun doch eine größere Anzahl von Arbeitern, denn gerade die Betriebsratswahl im Zement-Werk Großschiff legt genau Zeugnis davon ab. Im vorigen Jahr hatten die Werkvereinsler 3 Sitze im Betriebsrat, in diesem Jahr nur einen Sitz! Die freigewerkschaftliche Liste hat siegert. Das ist ein Hinweis, genau so ähnlich, wie ihr „Sterspariergang“ in Oepeln, an dem sich von etwa 1000 Zementarbeitern nur fünf beteiligten, und diese fünf Zementarbeiter fordern mit ihrem Obmann des KdL, Herrn Straube und seines Meisters Schürch, die Anerkennung ihres Tarifvertrages (!) für alle Zementarbeiter, der eine verlängerte Arbeitszeit vorsieht, und die jedem Verlangen der Arbeitgeber Rechnung tragen, also z. B.: Die Arbeitgeber jammern, daß sie in solche schlechten Geschäftsverhältnisse nicht in der Lage sind, eine Lohnzulage zu bewilligen und der Vertreter des Werkvereins ist so voll von Mitleid, daß er im Interesse des Werkvereinsideals nicht anders kann, als mitleidig mit dem Kopfe zu nicken. — So sieht es in Wirklichkeit im Innern dieser Werkvereinsbewegung aus und nach außen hin haben sie den freien Gewerkschaften mit ihrem fünf Mann gezinkt, wie stark sie sind. Auf Grund solcher Tatsachen noch Steine zu anzuschlagen, zumut doch, daß diese Leute die Kraft und die Quelle zum Ersticken nur aus dem Geldbeutel der Industriellen beziehen.

Es kommt aber noch eine unangenehme Aitationsmethode dieser Werkvereinsfunktionäre hinzu, nämlich die, daß in der „nationalen“, „Süddeutschen Tageszeitung“ den freigewerkschaftlich organisierten Betriebsratsmitgliedern ohne einen Nachweis zu führen, Diebstahl und Vorkriegsverbrechen zugehoben wird. Der Redakteur dieser Zeitung hat uns unsere Anforderungen, eine Verichtigung abbracht mit folgendem Wortlaut: „Zementfabrik Werk Oepeln. Zu der in Nr. 93 an dieser Stelle veröffentlichten Notiz über die Betriebsratswahl in der Zementfabrik Werk Oepeln werden wir von interessierter Seite (!) gebeten, mitzuteilen, daß den amtierenden Betriebsratsmitgliedern, sowie den Wahlvorstandsmitgliedern weder eine Vorkriegsverbrechen noch ein Diebstahl nachgewiesen werden kann. Ebenso wird Wert auf die Feststellung gelegt, daß in dem Werk eine kommunistische Gewerkschaft nicht existiert. Damit fällt natürlich auch die uns aufgestellte Schlussfolgerung.“

Diese Verichtigung ist inhaltlich so nichtssagend, wie man sich annimmt, daß Leute von Solange des „Nationalismus“ nur bis zur Grenze gehen und schließlich am Ende nicht stehen, auch einmal mit Unwahrheiten zu operieren; denn ihr Grundgedanke ist nun einmal der: jede Gewerkschaft anzusehen, gleich mit welchen Mitteln. — Daß man überhaupt solche verlogene Nachrichten bringt, ist darauf zurückzuführen, daß die Betriebsratswahl im Zementwerk Oepeln für die Ziele der Werkvereinsler den erhofften Erfolg nicht brachte. Nachdem aber dies mal die „Nationalisten“ bewiesen haben, daß sie mit ihrem Hammer und Säge den Geist und die Bewegung unter der Arbeiterchaft nicht vernichten können und daß schließlich oben zitierte Unwahrheiten aus ihren Läden entströmen, wird die noch einmal stattfindende Betriebsratswahl beweisen, daß man sich unangenehme Elemente in großer Zahl nicht wählen wird. Wir wundern uns nur noch über eins und zwar: Daß die Vertreter der Zementindustriellen, die sonst uns gegenüber so viel Wert auf ehrliche und korrekte Handlungsweise legen, sich mit solchen Leuten an einen Tisch setzen. — Da scheint eben etwas nicht zu stimmen, jedoch scheint die Lösung dieses Rätsels nicht so schwierig.

Gau 13, Funktionärinnen-Konferenz.

Am 12. Mai tagte in Frankfurt a. M. eine Frauenkonferenz, mit folgender Tagesordnung: 1. Sozialpolitik und Arbeiterinnenfragen. Ref.: Kollegin A. Hammerl-Hannover. 2. Die erwerbstätige Frau und das Arbeitsrecht. Ref.: Kollegin Schmidt-Darmstadt. Erschienen waren 86 Kolleginnen und 16 Kollegen aus 14 Bezirken. Die Leitung wurde vertreten durch den Kollegen Brunz und Hübl und der Hauptvorstand durch die Kollegin Hammerl und den Kollegen Schmidt.

Der Gauleiter, Koll. Brunz, eröffnete die Konferenz kurz nach 10 Uhr und begrüßte die Anwesenden herzlich. Nachdem er die große Bedeutung dieser ersten Frauenkonferenz, die auf Wunsch verschiedener Bezirke einberufen worden ist, geschildert hatte, wurde Kollegin Rapp-Darmstadt zur Schriftführerin gewählt.

Kollegin Hammerl gab in ihrem Referat der besonderen Freude Ausdruck, daß es auch im Gau 13 mehr und mehr interessierte Funktionärinnen gibt und es möglich war, eine Konferenz in solchem Ausmaße zustande zu bringen. Frauenkonferenzen sind bitter notwendig, weil die Frauarbeit heute immer mehr in den Mittelpunkt des Wirtschaftslebens rückt und die Kollegin deshalb auch mehr als bisher alle gewerkschaftlichen und politischen Fragen verstehen und daraus Schlussfolgerungen ziehen muß.

Die Arbeiterinnenfrage ist mit der Sozialpolitik eng verbunden. Drei Richtlinien können wir in der Sozialpolitik festsetzen: Schutz der Arbeitskraft, Lohnschutz und Schutz der Person. Die Arbeiterchaft war in früheren Jahren gänzlich schutzlos dem Unternehmertum ausgeliefert. Erst durch den Einfluß der Arbeiterchaft auf Staat und Wirtschaft konnte die Sozialpolitik wesentlich beeinflusst werden. Rednerin gibt einen Überblick über die Entwicklung der sozialpolitischen Bestimmungen, angefangen vom ersten Kinderzuschussgesetz in Deutschland vom Jahre 1899 bis zum jüngsten Zweite der Sozialpolitik: der Arbeitslosenversicherung. Zu erwähnen sind noch die Jahre 1883 bis 1889, in denen das Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherungsgezet beschlossen wurde.

Einer besonderen Erörterung bedarf der Mutterschutz. In längeren Ausführungen über die Gefahren bei der Arbeit und die häufigen Erkrankungen der Frauen, ermahnte die Referentin, daß die größte Auffmerksamkeit über die Schwangers- und Wöchnerinnenbeschwerden geleistet werden muß. Am 1. Juni treten verschiedene Verbesserungen im Mutterschutz in Kraft, so daß die Kolleginnen immer mehr die Möglichkeit haben, die Bestimmungen für sich in Anwendung zu bringen und als besondere Arbeiterinnenaufgabe in den Vordergrund zu stellen. Häufig sind Unfälle und Erkrankungen auf das angepannte Arbeitstempo im Betrieb zurückzuführen. Großen Schaden fügen sich die Kolleginnen nicht nur gesundheitlich, sondern auch lohnpolitisch durch die aufreibende Akord- und Prämiendarbeit zu. Hier muß, den jeweiligen Verhältnissen entsprechend, eine vernünftige Arbeitsweise überall angebahnt werden.

Die Unternehmer stehen allen sozialen Einrichtungen feindlich gegenüber. Bei fast allen Lohnverhandlungen haben sie damit argumentiert, daß die „Sozialkassen“ für den Betrieb nicht mehr tragbar seien. Sie fordern Abbau der Sozialpolitik. Um so mehr haben unsere Kolleginnen die Aufgabe, die bereits vorhandenen Rechte zu wahren und zu stärken. Jede Kollegin kann im Betriebe wertvolle Arbeit zur Stärkung der Organisation leisten, besonders aber auch dazu beitragen, daß der Arbeiterinnenbeschäftigung gebührende Beachtung und Vorsehung zuteil wird.

Der Kollege Schmidt führte in seinem Referat über „Die erwerbstätige Frau und das Arbeitsrecht“ folgendes aus:

Das Arbeitsrecht ist für Arbeiterinnen und Arbeiter gleich. Eine Ausnahme bilden nur die Schutzvorschriften für die Frauen. Das Arbeitsrecht von heute kann nicht befriedigen, weil es aus dem Sach- und Sündrecht hergeleitet wird. Dieses wieder entspricht nicht den heutigen sozialen Verhältnissen, weil es von dem römischen Recht stammt. Unsere Aufgabe muß deshalb darin bestehen, das heutige Arbeitsrecht zum Menschenrecht umzugestalten.

Diese schwierige Aufgabe kann aber nur gelöst werden, wenn sich auch unsere Kolleginnen um das bestehende Recht kümmern und von diesem weitgehenden Gebrauch machen und es bis zur äußersten Konsequenz ausnutzen. Diese Rechtskenntnis bringt nicht nur eine Reihe persönlicher Vorteile, sondern schafft auch die Grundlage für planmäßige Zukunftsarbeit.

Der Referent leate denn das Wesen des Arbeitsvertrages dar; entwickelte das Zustandekommen des Vertrages und die verschiedenen Regeln, den Vertrag anzusehen oder ihn für nichtig erklären zu können. Er erläuterte dann den Lohnschutz, dessen Sicherung und die beschränkten Möglichkeiten, die eine Aufrechnung oder einen Abzug zulassen.

In Hand einiger Rechtsarbeitsgerichts-Entscheidungen leate er die Art der Rechtsprechung dar.

In seinen weiteren Ausführungen erörterte Redner das Einpruchsverfahren bei Entlassungen und kam dann auf den Arbeiterbeschäftigung bezüglich der Arbeitsräume und Betriebsverhältnisse zu sprechen.

Zum Schluß kam er zu dem Ergebnis, daß die Kolleginnen mehr Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen an den Tag legen müssen, um in Gemeinschaft mit den Männern die Rechtsverhältnisse so zu gestalten, wie sie den heutigen Lebensverhältnissen entsprechen.

Beiden Referaten wurde reichlich Beifall zuteil. An der Diskussion beteiligten sich die Kolleginnen Kieckel-Frankfurt, Leib-Offenbach, Kollhoff-Darmstadt, Stenger-Darmstadt und Andres-Höchst und außerdem die Kollegen Stahl und Hübl. In der Diskussion wurde die Frauenkonferenz als äußerst zweckmäßig begrüßt und beiden Referenten der Dank für ihre Ausführungen ausgesprochen mit dem Wunsch, im Interesse der Funktionärinnen dieser Konferenzen abzuhalten. Nach Verantwortung der verschiedentlich gestellten Rechtsfragen aus den Reihen der Kolleginnen durch den Kollegen Schmidt-Hannover, dankte der Kollege Brunz den Versammlungsteilnehmern, insbesondere den Kolleginnen für ihre Aufmerksamkeit und für ihr Interesse, das sie während der beiden Vorträge gezeigt haben. Mit dem Wunsch, daß das Gebotete zur weiteren Aufklärung der Kolleginnen in den Betrieben beitragen möge, und eine gute Vorbereitung für den Fabrikarbeiterverband zu verzeichnen sein dürfte, wurde die Konferenz gegen 2 Uhr abgeschlossen.

Im Anschluß hieran wurde eine gemeinschaftliche Besichtigung des Frankfurter Palmengartens vorgenommen.

Urlaub, Reisen, Menschenbildung.

Der Urlaub ist dem Menschen eine Lebensnotwendigkeit. Wer ein ganzes Jahr hindurch das Einerlei des Alltags ertragen, der muß einmal ausspannen.

Der muß aber auch in seinem Urlaub aus dem Alltag hinaus in eine andere Welt. Es ist wissenschaftlich erwiesen, daß das Ausspannen eine Verringerung des Lebensstoffes zur Voraussetzung hat. Das sind zum Teil die Einwirkungen des anderen Klimas; Luftveränderung nennt man es in der Sprache des Volkes. Es ist z. B. festgestellt, daß von den Kindern eines Erholungsheimes die Kinder die intensivste Präfraktion gefunden hatten, die dem stärksten Klimawechsel unterworfen gewesen waren.

Diese Verringerung der Umwelt ist aber auch eine tiefere, seelische Notwendigkeit. Der Mensch muß einmal aus dem Gleichmaß der Tage heraus. Und ist ihm das Leben vielleicht auch befriedigend und beglückend, es drängt ihn hinaus in die Weite. Wandern und Reisen sind das innerliche Bedürfnis jedes einzelnen Menschen. Wandern und Reisen sind ein unumgänglich notwendiges Stück Menschenbildung.

Es ist nicht wahr, daß die Masse der Menschen ohne ein Verlangen nach Bildung ist. Denn Bildung ist nicht nur Verwehren von Wissen. Bildung ist in des Wortes tiefstem und schärfstem Sinne das bildnerische Schaffen an der Persönlichkeit, das Wachsen des Menschen zu großem Sinn, das Durchdringen des Menschlichen.

Und wenn Menschen wandern und reisen möchten, dann regt sich diese Kraft aus der Tiefe. Dann regt sich dieses bildnerische Lebensbedürfnis des Menschen, der da im Weiten, jenseits des engen Verhältnisses, einmal atmen möchte, frei und tief. Weil diese Weite die Seele dehnt und weil diese Schönheit da überall das Herz groß macht und lebenglaubend.

So ist es nicht zu verwundern, daß dieses Wander- und Weltgefühl ein wesentliches Stück unserer Literatur geworden. Da wurde eben der Mensch zum literarischen Werte, wie er ist und sucht und möchte und wie er leben muß. Der Mensch, der im engen Kreis gebannt ist und niemals hinaus kann, lebt in menschlichen Zwang. Da wird der Mensch in seinem innersten Wesen mißbildet, statt hinaufgebildet zu werden im Sinne dieses ewigen inneren Dranges.

Im Wesen des Menschen steckt eine heilige Unruhe. Ja, Wirken und Schaffen, jeder an seinem Plage. Doch dann immer wieder einmal an den Quell alles Lebens, da in die Weite, in die Ferne. Ist es der kosmische Ursprung des Menschengeschlechts? Ist es sein künstlerisches Bedürfnis nach Mannigfaltigkeit und Freude an der Welt?

Schon bei den Alten, bei den griechischen Dichtern und Philosophen, war die Weisheit erwandert. Und diese heilige Unruhe zieht sich durch die ganze Geschichte bis in unsere Zeit. Kleist, Schiller, Goethe, Nietzsche, immer das gleiche. Von Norden nach Süden. Von Osten nach Westen. Warum? Weil es ihnen, aus unbekanntem innerem Drang, notwendig gewesen. Weil Wandern und Reisen ein tiefes menschenbildnerisches Bedürfnis sind.

„Die beste Bildung findet ein geheimer Mensch auf Reisen.“ so hat es Goethe einmal in klaren Worten gesprochen. Lesen und lernen! Und nochmals lesen und lernen! Dazu aber reisen! Wandern! Nicht nur mit Zweck. Um zu lernen. Um reisen zu haben. Nein, auch aus diesem unerklärlichen menschlichen Drang, der da befriedigt sein will. Weil Wandern und Reisen auch um ihrer selbst willen nötig sind. Weil der Mensch seine Seele immer wieder tauchen muß in das Unerfahliche.

Einzig banden die Wanderversuchnisse diese Lust an Weite und Welt mit ihrem wirtschaftlichen Bedürfnis. Poetie liegt über der Zeit, da Menschen so mit der Arbeit sich selbst suchten. Die ökonomischen Verhältnisse sind andere, aber das Wandern und Reisen bleibt, was es war.

Darum der Urlaub als Kulturnotwendigkeit! Darum das Einkommen, das Wandern und Reisen möglich macht, als Stück des Minimums der Existenz! Laßt nicht das Tierische und Heilerliche im Menschen verjagen! Der Kampf um das Recht auf Arbeit und Lohn ist der Kampf um den Menschen in seiner Größe und Tiefe, wie er sich in seinem Sehnen nach Weite zeigt. Dr. Gustav Hoffmann.

Die Brücke im Dschungel.

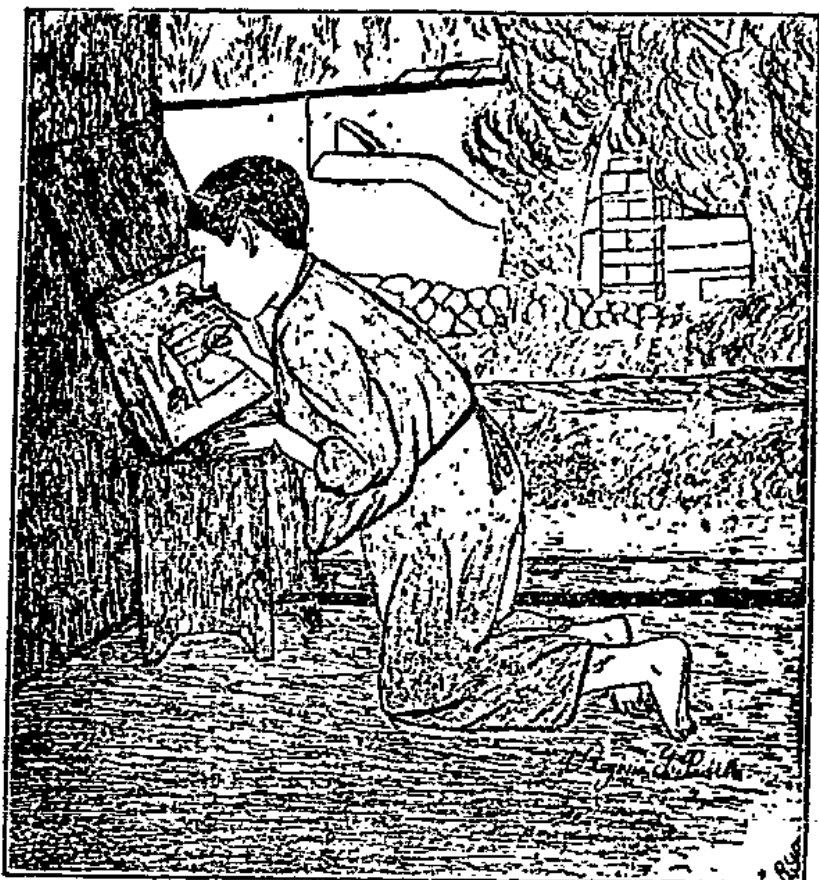
Von A. Travens, dem Verfasser des „Totenschiffs“, des „Schahes der Sierra Madre“ und anderer aufsehenerregender Werke, die sämtlich bei der Büchergilde Gutenberg erschienen sind, kam dieser Tage ein neues Buch heraus: „Die Brücke im Dschungel.“

Das neue Travensbuch ist den Müttern gewidmet, „den Müttern jedes Volkes, jeder Rasse, jeder Klasse, jeder Kreatur, die lebt“. Es lautet vor dem Mütterlichen aller Welt, vor der Mutter, die ihr Kind mit wilder Zärtlichkeit liebt und die ihr Liebste nicht hergeben kann, ohne dabei ein Stück aus ihrem eigenen Fleische mit loszureißen.

Eine kleine Pumpstation im Dschungel am Tamest. Das fließende Wasser wird viele Meilen weit zu einer anderen Station gepumpt, wo es wieder weitergepumpt wird, bis es die Eisenbahnlinie erreicht. Die Pumpe stöhnt und rattert und verstaubt die Alligatoren und Jaguare, was dem Pumpmeister und seinen Kindern nur lieb ist. In der Nähe der Pumpe führt eine Brücke über den Fluß, die für die Wagen und Autos einer Pelzgesellschaft gebaut worden ist, deren Camp etwa 20 Meilen entfernt liegt. Der Fluß ist tief genug, um einen Stürzenberg für immer verschwinden zu lassen, und die Brücke hat kein Geländer.

Bei einem kleinen nächtlichen Tanzergötchen in der Pumpstation fällt ein Indianerjunge in das Wasser. Nach einer

knappen Stunde wird er bemißt. Ein großes Suchen hebt an, nur die Mutter weiß es, daß ihr Junge nie wiederkommt. Sie sucht das Ufer ab, eine einsame Mutter mit einer kleinen Laterne im Dschungel. Dann helfen ihr alle bis in die späte Nacht hinein. Sie tauchen so oft, als ob ihr eigenes Kind im Fluß läge. Schließlich läßt ein uralter Indianer ein kleines Brett mit einer Kerze auf den Wasserspiegel tragen, und siehe, das alte geheimnisvolle Wunder geschieht aufs neue: die schwimmende Kerze bleibt über dem nassen Totenbett des ertrunkenen Knaben stehen. Der Schrei der Mutter fliegt durch die Nacht der Wildnis. Die kleine geliebte Leiche wird in der ärmlichen Hütte aufgehahrt. Alle bemühen sich, der Mutter über den Schmerz hinwegzuhelfen. Der Totenjäger stimmt sein Lied an, das eine seltsame Mischung von Kirchenlied und halberverholtem Urvätergesang ist. Inzwischen ist es Tag geworden. Eine neue Unheimlichkeit erfüllt die Hütte. Erst das graue helle Licht macht das aufgebahrte Kind zur Leiche, und die Fliegen tummen um das tote Kind. Da es Sonntag ist, kommen viele Leute von weither, um mit der Mutter zu weinen. Trotz ihrer unbeschreiblichen Armut sind diese Leute von einer rührenden Höflichkeit. Ihr Takt wird von ihrem Herzen bestimmt.



Zeichnung eines 13jährigen Mexikaners. Aus dem Märzheft der „Büchergilde“.

In der tropischen Hitze verweist der vom Wasser aufgeweichte Leichnam mit fürchterlicher Schnelligkeit. Unter dem Geschrei der Frau wird das tote Kind in den Sarg gelegt, in eine ungehobelte Kiste, und für die Mutter ist der letzte Abschied von ihrem Jungen gekommen. Wie der Zug mit dem Sarg über die Brücke geht, bleiben die Leute an der Unglücksstelle stehen, und die Männer nehmen die Hütte ab. Mit gierigen Augen begleiten die Geier den Zug. Allmählich wird der Marich ein Zurückwandern in das alltägliche Leben. Von Blumen überfäht ist der Dschungel, und es lebt die Welt.

Ein „christlicher“ Friedhof. Nägel, Kränze, Kreuze liegen wirr herum. Auf manche Kreuze ist mit Kreide oder Stift etwas geschrieben, ein Datum, vielleicht auch eine Rechnung aus der Tienda. Da ist Dornengestrüpp, Gras und Kraut. Ein Dschungel! Ein Friedhof ohne Heuchelei. Der betrunkene Lehrer aus dem nächsten Dorfe steht am Grabe, fällt brüllend auf die Grube, wird wieder auf seine Beine gestellt, und die letzte Szene des grauenvollen Totentanzes rollt ab. Erde bedeckt den Sarg, und die Musik spielt das rechte Lied am rechten Platz: „Yes, we have no bananas...“

„Adios, mein lieber kleiner Junge! Adios! Es leben die Raben und Würmer! Adios! So wie du wurde noch kein König begraben!“

Und noch nie, solange es Bücher gibt, wurde ein Begräbnis so beschriebe, so grauhaft realistisch, so fürchterlich sachlich, so toll aus Entsetzen und Zärtlichkeit gemischt! Noch nie zuvor wurde mit so eindringlicher Deutlichkeit, so unjüngförmlich und doch so erschütternd gezeigt, daß auch die Mutter eines schmuggelnden Indianerjungen eine Mutter ist, ebenbürtig ihren Schwestern weißer Rasse.

Dieses Buch, bei der Büchergilde Gutenberg, Berlin, als Dreimarkbuch erschienen gehört zu A. Travens Meisterleistungen. Die erstaunliche Bildkraft seines Wortes erreicht hier eine fast erschreckende Höhe. Der unheimlich scharfe Beobachter und der entschlossene und vor nichts zurückweichende Gestalter Travens hat ein Werk geschaffen, das beispiellos dasteht in der gesamten Literatur unserer Zeit.

Der Befehl an die Sonne.

Der Schah von Kedd-el-mir liebte es, sich abends an träumerischer Musik und am Tanze feingliedriger, kostbar geschmückter Frauen zu vergnügen. Das tat er halbe Nächte hindurch, und erst wenn ihm das Haupt vor tiefer Müdigkeit auf die Brust sank, endete Spiel und Tanz.

So kam es, daß der Herrscher bis weit in den Tag hinein schlief und seine Weisire, die mit ihm regieren wollten, warten

ließ. Das verdroß die Minister. Denn wenn sich der Schah erhob, waren sie schon wieder müde und mußten mit Gewalt das Gähnen unterdrücken. Den Schah aber verdroß es, daß ihn die Sonne oft im besten Schlummer störte; er stand widerwillig auf, begab sich in mühsamiger Laune an die Regierungsgeschäfte und setzte sie unter der Last seines Amtes. Und weil das Regieren so unter der Müdigkeit aller Beteiligten geschah, begann das Volk unzufrieden zu werden. Der Großwesir wagte es, trotzdem es ihm am Hals ludte, dem Schah einige Andeutungen zu machen.

Der rief: „Man soll mich ausschlagen lassen! Die Weisheit der Könige gedeiht nur nach langem Schlummer!“

„Niemand stört dich, Großmächtigster!“

„Doch, Die Sonne. Sorge dafür, daß sie nicht eher aufgeht, bis mein Schlaf beendet ist! Führe meinen Befehl aus!“

Da steckten die Weisire juchzend die Köpfe zusammen, berieten und fertigten einen Befehl aus, den sie siegelten, unterschrieben und der Sonne zeigten von Auf- bis Untergang.

Sie scherte sich nicht daran, sondern ging ihre alten Wege. Die Weisire berieten von neuem drei Tage und drei Nächte, und sandten dann reitende Boten zu allen heiligen Männern und allen Zauberern mit dem Befehl, den Himmel zu beschwören. Aber auch das nützte nichts. Die Sonne blieb hartnäckig an ihrer gewohnten Bahn, ohne sich um den Schlaf des Herrschers zu kümmern.

Die Weisire schwitzten Blut und Wasser. Und als sie keinen anderen Ausweg mehr sahen, boten sie im Geheimen hundert Pfund Goldes aus für den, der die Sonne in ihrem Laufe hemmen würde.

Nun lebte in Kedd-el-mir ein deutscher Tischlergeselle mit Namen Willibald Krause. Der melbete sich und versprach, die Frage zu lösen. Doch müsse er in aller Heimlichkeit, das heißt, ohne daß ihn der Herrscher bemerke, an den Fenstern des Palastes arbeiten dürfen. Das war leicht zu arrangieren. Und schon nach wenigen Tagen trat der Großwesir vor den Schah und sagte: „Großmächtigster Gebieter! Von morgen an wird die Sonne in dem Augenblick aufgehen, da du es befehlst. Gabe nur die Gnade und brüde auf diesen Knopf über deinem Lager, und die Sonne wird dir sofort gehorchen.“ Als der Schah am folgenden Tage erwachte, umfing ihn tiefe Dunkelheit. Er war sehr erstaunt, denn das war ihm überhaupt noch nicht vorgekommen. Endlich aber erkannte er sich des Knopfes, sagte: „Ich befehle der Sonne, aufzugehen!“ und brüde auf den kleinen Knopf. Und siehe da: ein leises Rasseln ertönte, und das Zimmer war mit Tageshelle erfüllt. Die Sonne stand leuchtend am Himmel, und der Schah erhob sich in strahlender Laune.

Auch die Weisire atmeten auf; sie machten es sich jetzt recht bequem auf den Pfissen und setzten sich erst in Postur, wenn sie es rasseln hörten. Ja, nun regierten alle darauf los, daß es eine Lust war.

Nur das Volk war nicht zufrieden. Das Volk von Kedd-el-mir murkte, wenn es am Palast vorüberging, und es drohte, wenn es zu Hause war. „Unser Recht schläft“, sagte es. „Wir müssen es wecken.“

Eines Tages wollte der Kameltreiber Hassan eine Maare gegen den reichen Kaufmann Abubebbin vorbringen. Er ging zur Morgenstunde in den Palast des Schahs, um direkt mit diesem zu reden, und vollführte einen berartigen Lärm, daß der Schah erwachte und den Aufseher an sein Lager zu bringen befohl.

„Was unterstehst du dich! Mitten in der Nacht bringst du hier ein?“

„Herr“, Hassan neigte tief die Stirn, „es ist heller, lichter Tag. Die Sonne steht hoch am Himmel.“

„Du lägst, Sohn eines Hundes! Es ist Nacht, und die Sonne wartet meines Befehls.“

„Herr“, Hassan neigte sich wieder, „nur im Palast deiner Herrlichkeit ist es noch Nacht. Wir aber, das Volk, schaffen schon an die vier Stunden bei Tageslicht.“

Der Schah war entrüstet. Er rief: „So befehle ich jetzt der Sonne, aufzugehen!“ drückte auf den Knopf über seinem Lager; ein leises Rasseln ertönte, und es ward hell. „Siehst du es nun, du Lügner, wem sie gehorcht?“ Und er ließ Hassan die Posten abgeben.

Daraufhin aber sammelte sich Volk an, viel Volk, das drohend die Fäuste erhob und immer mehr anschwoh, düster und gewaltig wie eine riesige Gewitterwolke.

Im Palast reckten die Weisire zitternd die Köpfe zusammen, bebten am ganzen Leibe und fragten einander: „Was sollen wir tun?“

Man rufe den fremden Tischler!“

Willibald Krause kam und sagte: „Das Volk ist zornig, weil die Sonne im Hause des Herrschers zu spät aufgeht.“

Der Großwesir ergriff ihn beschwörend bei den Händen: „Wir bieten dir tausend Pfund Goldes und sechs weiße Kamel, wenn du es machst, daß die Sonne in den Hütten zu gleicher Zeit erscheint wie im Palast.“

„Sehr einfach. Entfernen wir die Jalousien von den Fenstern des Schahs.“

„Unmöglich! Der Herrscher kann sich nicht nach dem Volke richten. Es war stets umgekehrt, und so muß es bleiben. Wir bieten dir zweitausend Pfund Goldes und zwölf weiße Kamel, wenn du es machst, daß —“

Hier lachte Willibald Krause so laut, daß es durch den ganzen Palast dröhnte: Nein, meine Herren. Es war nicht schwer, den Ausblick des Schahs zu vernageln. Aber um das ganze Volk zu vernageln, dazu reichen sämtliche Wälder des Landes nicht aus.“

Lachend ging er. Die Weisire krochen ganz in sich zusammen. Schläge dröhnten gegen das Haus.

Die Gewitterwolke entlud sich und zerstörte nicht nur die Jalousien des Palastes. Ernst Precaug.

Literarisches.

„Stern und Aurore“, Gedichte und Gesänge von Heinrich Lersch. H. A. 2. 3. bis 7. Tausend. Einzelheft und zusammengefasst von Walter G. Oschilewski. Im Arbeiterverlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 5. Preis kart. 0,90 RM. in Halbleinwand 1,50 RM. in Hardcover 2,00 RM. Allen Geistes unserer Zeit zum Trotz kann auch ein kleines schmales Gedichtbüchlein des Kesselschmiedes und Dichters Heinrich Lersch im 3. bis 7. Tausend vorzulesen werden. Es ist ein schöner Beweis für die lebendige Anteilnahme des Geistes an der Arbeit. Dieser Erfolg, der in verhältnismäßig kurzen Zeitraum ein Gedichtbuch zerteilt wurde und auf den Autor ein Recht einzuweisen ist, ist ein Beweis für die Bedeutung der Dichtung in der Gegenwart. Das ist kein Zufall, sondern die Folge der schon manchmal Mißverständnisse, die die Dichtung in der Gegenwart hat. Die Dichtung ist nicht nur ein Spielzeug der Dichter, sondern sie ist ein Spiegelbild der menschlichen Seele. Sie ist ein Ausdruck der menschlichen Existenz. Sie ist ein Zeugnis der menschlichen Kultur. Sie ist ein Mittel der menschlichen Bildung. Sie ist ein Weg zur menschlichen Freiheit. Sie ist ein Licht in der Dunkelheit. Sie ist ein Feuer in der Kälte. Sie ist ein Leben in der Tod. Sie ist ein Sieg über die Niederlage. Sie ist ein Triumph über die Misere. Sie ist ein Zeichen der menschlichen Würde. Sie ist ein Symbol der menschlichen Hoffnung. Sie ist ein Ausdruck der menschlichen Liebe. Sie ist ein Zeugnis der menschlichen Gerechtigkeit. Sie ist ein Mittel der menschlichen Befreiung. Sie ist ein Weg zur menschlichen Glückseligkeit. Sie ist ein Licht in der Dunkelheit. Sie ist ein Feuer in der Kälte. Sie ist ein Leben in der Tod. Sie ist ein Sieg über die Niederlage. Sie ist ein Zeichen der menschlichen Würde. Sie ist ein Symbol der menschlichen Hoffnung. Sie ist ein Ausdruck der menschlichen Liebe. Sie ist ein Zeugnis der menschlichen Gerechtigkeit. Sie ist ein Mittel der menschlichen Befreiung. Sie ist ein Weg zur menschlichen Glückseligkeit.

Geschichte, eine Gedankenreihe, die im Hinblick auf das traurige Schicksal des Dichters, das er mit Millionen seiner Brüder aller Nationen gemein hat, erschüttert und all die Wachen und Aufrechten die Fauste ballen läßt. Der 1927 erschienene „Stern und Aurore“ von Walter G. Oschilewski beschränkt sich mit einem schlichten Vorwort versehenen Auswahl, die jetzt in der 3. Auflage in den Händen und Herzen einer tausend Menschen ist, konnte der Verlag jetzt die zweite Auflage folgen lassen. Sie enthält vierundzwanzig Gedichte, Briefe und Tagebuchblätter. Es sind Gedichte, die über Generationen hinaus zeugende Dokumente, deren Größe und Menschlichkeit, was die Prosa-Stücke, deren elementarer Genialität, was die Gedichte anbetreffend, sich keiner von uns entziehen kann. In Gerrit Krause, verloren vor die großartigste Summe einer schöpferischen Kulturzeit des „vierten Standes“. Durch die Lehnen, zeitbesessenen Rhythmen, die alle einbezogen in die Weltlichkeit und Weltlichkeit dieses unsterblichen Dichters. In ihm lebt die wilde, Stahl und Beton zum Klängen klangende Musik unseres Jahrhunderts, das uns gehören wird, wenn die Welt und Feuer seiner Seele in die Zukunft tragen. Das Bändchen ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Dr. Günther Freiler von Peckmann: „Die Qualitätsarbeit“. Ein Handbuch für Industrielle, Kaufleute, Gewerkschaftler, Frankfurter Societäts-Drucker, G. m. b. H., Abt. Buchverlag, Frankfurt a. M. Preis 6,- RM. der Ganzleinenband. Der Verfasser dieses Buches, Professor Dr. von Peckmann, ist kürzlich der Leiter der Staatlichen Porzellanmanufaktur in Berlin geworden. Wer von den künstlerischen und organisatorischen Absichten dieses Mannes etwas wissen will, kann ruhig zu diesem Werk greifen, er findet darin Anstoß. Der Verfasser sieht in der Qualitätsfrage ein technisches wie ein ästhetisches, ein soziales wie ein wirtschaftliches, ein kulturelles wie ein nationalpolitisches Problem und behandelt in der 305 Seiten großen Schrift die Fragen in ihrer grundsätzlichen Bedeutung. Das Buch war eine Notwendigkeit, weil in den letzten Jahrzehnten die deutschen Warenhersteller weit von der Qualitätsarbeit abgekommen waren. Wie gefährlich diese Abweichung ist, sagt Peckmann in seiner Einleitung, sie schwächt die Kaufkraft der einheimischen Bevölkerung, verschärft die Klassenunterschiede, erweckt die Gefahr der Abneigung der Bevölkerung lockenderer Länder und schädigt hierdurch die politischen Beziehungen zu anderen Nationen. Und weiter weist der Verfasser darauf hin, daß es dazu nicht nur einer handwerklich zerschulten, nach Leistung empfindenden Arbeiterschaft bedarf, sondern des Willens der leitenden Personen in Industrie und Handwerk, dafür zu sorgen, daß die leitenden Personen in Industrie und Handwerk zu dem von Peckmann avanciert ist, dieses Buch oft in die Hand nehmen, daraus Anregungen schöpfen, um der Industrie und dem Handwerk Deutschlands neuen Impuls zum Wohle der Wirtschaft geben. Geschichte des, kann hat der Verfasser mit seinem Werk „Qualitätsarbeit“ eine gute Tat vollbracht. Aus dem Inhalt u. a.: I. Teil: Der Einzelne und die Qualität der Arbeit / Was ist Qualitätsarbeit? / Der Werkstoffgedanke / Die Träger der Qualität: Material, Technik, Form / Qualitätsarbeit und Kunstgewerbe / Formzeitlich

und Formwille / Vom Einfluß des Künstlers / Die Entstehung der Zweckform / Musterankauf u. v. m. — II. Teil: Der Staat und die Qualität der Arbeit / Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Qualitätsarbeit (Der Einfluß der Form / Die Werbekraft der Form / Exportförderung) Der Weltmarkt / Erzeuger, Verbraucher, Händler / Die Qualitätsarbeit als nationale Aufgabe u. v. m.

Die blutige Internationale der Rüstungsindustrie, von Otto Lehmann-Rußbüdt, Fackelreiter-Verlag, Hamburg-Berzdorf, Kartonnier 1,- RM. Dieses Buchlein erlitt in diesen Tagen bereits eine Neuauflage. Es ist aber auch äußerst lesenswert. Sein Inhalt setzt sich zusammen aus: I. Die Entwicklung der Kriegskunst. II. Die internationale Verflechtung der Rüstungsindustrie. III. Ein volkswirtschaftlicher Fall von Verflechtung der Rüstungsindustrie vor, während und nach dem Kriege. IV. Die internationale der Berufsmilitärs. V. Ist die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie ein Heilmittel? VI. Was tut der Völkerbund? VII. Woher rührt das schlechte Gedächtnis der Völker. VIII. Wer kann helfen? Diese Aufzählung ergibt den reichen Inhalt des 82 seitigen Werkes, das recht viele Menschen lesen sollten. Die Welt droht noch um Deutschland herum von Waffen, deshalb ist das Problem noch sehr aktuell, selbst wenn wir Deutschen auch nicht täglich die bewaffnete Macht, wie andere Staaten, stets vor Augen haben. Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, allen Regierungen der blutigen Internationale Beachtung zu schenken, weil wieder es die Arbeiter wären, die Opfer in erster Linie auf sich zu nehmen hätten. Wir haben noch genug von den Auswirkungen der blutigen Internationale von 1914/18 und kein Verlangen mehr danach, daß diese Vereinigung wieder in aktive Tätigkeit tritt. Beachtet also das Buch!

Arbeitsmarkt.

Hüttenmeister gesucht zur Einrichtung für elektrisches Beleuchtungsmaßstab. Gustav Schönert, Glasfabrik, Deventrop i. Westf.

Ein tüchtiger Glasarbeiter für die Bedienung von halb- und vollautomatischen Maschinen wird sofort gesucht. Arbeitsangebote und zu richten an die Anstalt für Arbeitsvermittlung Alois Sacklinger, Essen, Speckstr. 17, II.

Verlag: Hermann Grözel, Charlottenburg, Brahestr. 2-5. Verantwortlich für den Inhalt: Edwin Menninger, Charlottenburg, Brahestr. 2-5. Druck: E. Janitzgewski, Berlin SO 26, Elitenbuser 28/29.